

Inhalt

Top-Thema

Verbraucherkreditrichtlinie: Welche Risiken das neue Gesetz birgt	3
-------------------------------------------------------------------------	---

Börsenwoche

Interview mit Joachim Faber: "Wir stehen vor einer Zeitenwende"	5
Börsenkommentar: Und er bewegt sich doch	7
Ausblick: Die wichtigsten Börsentermine	8
Dax-Wochenrückblick: Jahreshoch markiert	9

Aktien

Gefängnisaktien: Geschäfte mit Gittern	11
Börse: Warum Stockpicking nichts nutzt	12
Leuchtmittelindustrie: LED-Produzenten locken Anleger	14
News aus New York: Vorsicht, der Herbst kommt	16

Fonds

Abgespeckte Version: Schäuble schont Kleinanleger bei Immobilienfonds-Regulierung	17
Rentenfonds: Kosten fressen die Rendite von Kurzläufern auf	19
Indexfonds: Erfolgreich mit Währungen spekulieren	20
Schwache Rendite: Profis strafen angelsächsische Fonds ab	22

Zertifikate

Quantozertifikate: Gold ohne Dollar-Risiko	26
Bonuszertifikate: Was ist noch drin?	27
Optionsscheine: DAX-Papiere billig zu haben	29

Banken & Zinsen

Kickbacks: Anleger erfährt Provision auch Jahre später noch	31
Risikofreudige Investoren: Rekordsommer am Bondmarkt	32
Zinsüberblick: Wenig Freude für Anleger	33
Kundenansturm : Zehn Tage Wartezeit für Tagesgeldkonto	34
Zinsticker	35

Versicherungen & Vorsorge

Aufschlag für Ratenzahlung: Versicherten winken Milliardenrückzahlungen	37
-------------------------------------------------------------------------------	----

Spezielle Tarife: Als Single günstiger versichert.....	38
Umfrage zur Finanzberatung: Jeder Dritte verzichtet auf Beratungsgespräche.....	40
Immobilien	
Stabile Renditen: Ausländische Investoren stehen auf Wohnimmobilien.....	41
Richtig vererben (Teil VI): Haus zu verschenken	42
Richtig vererben (Teil V): Bei Immobilien lohnt ein Vergleich	44
Aktuelle Konditionen: Baugeld	45
Steuern & Recht	
Schneeballsysteme : Der Staat verlangt auch bei Scheinrenditen Steuern	47
Richtig vererben (Teil IV): Erben haften für schwarze Konten.....	49
Urteil zu geschlossenen Fonds: BGH verschärft die Beraterhaftung.....	50
Mein Steuertipp: Wer vom Arbeitszimmer-Urteil profitiert	51
Urteilsticker: Ihr gutes Recht.....	52
Exit	
Zu dumm: Warum sich inkompetente Menschen maßlos überschätzen	54
Neue Börsenweisheit: Die Ramadan-Rally	56

Verbraucherkreditrichtlinie: Welche Risiken das neue Gesetz birgt



Ein neues Gesetz sollte Kreditofferten eigentlich transparenter machen und Kunden vor Lockangeboten schützen. Doch der Plan der Verbraucherkreditrichtlinie ging nach hinten los: Vor allem beim Baugeld sind die Zinsangaben unverbindlicher denn je. Was Immobilienkäufer wissen sollten.

Lange Jahre war es einer der wichtigsten Ratschläge für Immobilienkäufer: Auf den Effektivzins achten! Für den Vergleich von Kreditangeboten ist dieser Zins am besten geeignet. Denn im Unterschied zum Nominalzins enthält er auch Zusatzkosten, etwa für die Antragsbearbeitung und Kontoführung. So ermöglicht der Effektivzins einen fairen Vergleich zwischen den Anbietern.

So war es zumindest bislang. Seit einigen Wochen hat der Effektivzins jedoch seine Aussagekraft eingebüßt, vor allem beim Baugeld. "Mit der Transparenz ist es vorbei", sagt Max Herbst, Chef der FMH-Finanzberatung, die Bankangebote vergleicht. Grund für die Verwirrung ist die neue Verbraucherkreditrichtlinie, die Mitte Juni umgesetzt wurde. Die Banken sind nun verpflichtet, für die Gesamtdauer der Darlehenstilgung einen Effektivzins anzugeben und nicht mehr nur für die Zeit der Zinsbindung.

Was als verbraucherfreundliche Vorschrift gedacht ist, entpuppt sich in der Praxis als Einfallstor für unsaubere Angebote: Hypothekendarlehen sind bei Ablauf der Zinsbindung in der Regel noch nicht abbezahlt. Für die Zeit danach dürfen die Banken nun mit einem beliebigen Nominalzins - jetzt Sollzins genannt - kalkulieren. Und dieser fließt dann in den Effektivzins ein, mit dem die Kredite beworben werden. "Das Problem besteht darin, dass die Banken ganz unterschiedliche Anschlusszinsen unterstellen", sagt Marcus Preu, Geschäftsführer beim Verbraucherportal biallo. Das eine Institut kalkuliert den aktuellen variablen Zins ein, ein anderes den Interbankenzins plus Aufschlag und ein drittes den Zins, den es auch für die Dauer der Zinsbindung angenommen hat.

Wildwuchs treibt seltsame Blüten

In der Praxis treibt der Wildwuchs bereits seltsame Blüten. Laut Branchenkenner Herbst gibt es insbesondere bei Sparkassen Offerten, bei denen der Effektivzins für die gesamte Tilgungszeit sogar unter dem Sollzins für die Zinsbindung liegt. Die Banken gingen einfach davon aus, dass nach der Zinsbindung der aktuell günstige variable Zins noch gilt. Abgesehen davon, dass angesichts des Zinstiefs künftig mit höheren Konditionen zu rechnen ist, widerspricht die Kalkulation der Realität. "Die Annahme, dass Bauherren nach Ende der Zinsbindung einen variablen Zins wählen, ist praxisfern", betont Preu. Nach Ende der Zinsbindung kommt es in aller Regel zu einer Anschlussfinanzierung - wieder zu einem festen Zins.

Ungesetzlich ist das Vorgehen der Banken nicht, so war es vom Gesetzgeber jedoch auch nicht gewollt. Ursprünglich soll ten mit der Regel Lockangebote unterbunden werden. In Großbritannien

war es nämlich üblich, dass Banken für Konsumentenkredite mit niedrigen Effektivzinsen warben, die schon nach einem Jahr variabel gestaltet wurden. Laut FrankChristian Pauli vom Verbraucherzentrale Bundesverband muss nun geprüft werden, ob die Banken das Gesetz richtig auslegen. Wenn nicht, müsste notfalls ein Anwendungsschreiben klären, wie der Anschlusszins zu definieren ist.

Vorerst bleibt das Chaos jedoch. Die Experten von Biallo verlangen von den Banken, dass sie für den fiktiven Anschlusskredit den gleichen Sollzins angeben, der während der Zinsbindung gilt. Der Frankfurter Konkurrent FMH geht einen anderen Weg: Dort erscheint der Effektivzins wie eh und je nur für die Dauer der Zinsbindung. So behält er seine Aussagekraft.

Interview mit Joachim Faber: "Wir stehen vor einer Zeitenwende"



Allianz-Vorstand Joachim Faber spricht über Wachstumsaussichten, die Gefahr neuer Blasen und was Anleger von institutionellen Investoren lernen können.

Er ist Herr über gut 1400 Milliarden Euro: So viel legt die Allianz Gruppe auf den globalen Finanzmärkten an, um eine möglichst hohe Rendite zu erzielen. Wer drei bis fünf Prozentpunkte über dem Jahresgeldmarktsatz schaffe, schlage sich gut, so Faber, und erreiche ein respektables Ergebnis.

Herr Faber, wie wird die Finanzkrise auf lange Sicht die Welt verändern?

Die Finanzkrise ist keine jener Krisen, wie wir sie in den vergangenen 20 Jahren des Öfteren erlebt haben. Wegen der hohen Staatsverschuldung werden die Staaten als Konjunkturmotor zukünftig weitgehend ausfallen. Allerdings müssen wir unterscheiden zwischen jenen Ländern, die noch einen Reservereifen mit sich führen, und solchen, die eine Strecke mit vielen Schlaglöchern ohne Reserverad fahren müssen.

Was heißt das konkret?

Auf der einen Seite gibt es Länder mit einem relativ niedrigen Grad an Verschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Sie sind vor allem unter den Emerging Markets zu finden. Andererseits haben inzwischen viele traditionelle Industriestaaten eine vergleichsweise hohe Verschuldung. Die Folgen werden ein nur mäßiges Wachstum in der westlichen Welt und gute Wachstumsraten in anderen Ländern sein.

Betreffen diese verhaltenen Perspektiven alle Länder Europas?

Nein, wir werden das berühmte Europa der zwei Geschwindigkeiten sehen. Relativ gut wird es bei den exportorientierten Nationen laufen – Deutschland, Frankreich und Italien, zudem Österreich, Benelux und Skandinavien. Auf der anderen Seite stehen Länder wie Großbritannien, die keine tief gehende industrielle Struktur haben, oder Spanien und Portugal, die in den letzten Jahrzehnten im Wesentlichen vom Boom im Bausektor gelebt haben. Skeptisch sehen wir auch Griechenland wegen der schwierigen Budgetlage. Bei Irland teile ich die weitverbreiteten Sorgen nicht. Aber in der Peripherie Europas gibt es einige Länder, die es schwer haben werden. Sie müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit klar verbessern.

Das klingt nicht nach einem uneingeschränkt guten Umfeld für Aktien.

Für mich ist das der typische Markt für aktives Portfoliomanagement. Sie werden in einem solchen Umfeld ganz ausgeprägt Gewinner und Verlierer haben. Das ist die klassische Zeit, in der Stockpicking und gute Analyse Mehrwert schaffen können. Sie sehen das schon heute bei vielen Small-Cap- und Mid-Cap-Portfolios, die hervorragende Gewinne erzielen.

Joachim Faber

ist seit 1997 Finanzchef und Vorstandsmitglied der Allianz Versicherungs-AG und seit 2000 Mitglied des Vorstands der Allianz SE (ehemals Allianz AG) sowie Vorstandsvorsitzender von Allianz Global Investors, dem weltweit drittgrößten Vermögensverwalter. Von 1983 bis 1997 war er in verschiedenen Positionen bei Citicorp in Frankfurt am Main und London tätig. Dort leitete der promovierte Jurist ab 1995 das Kapitalmarktgeschäft in Europa, Nordamerika und Japan.

Altersvorsorgesysteme und die Realwirtschaft. Deshalb werden die Notenbanken um ein Abschöpfen der Überliquidität nicht herumkommen. Allerdings wird es ein ganz mühseliger Weg sein, weil er genau in die Zeit niedrigen Wachstums hineinfällt und damit prozyklisch wirkt.

Haben wir jetzt schon eine Goldblase?

In Zeiten von Unsicherheit gibt es immer einen Anstieg des Goldpreises. Wir sind auf dem Weg zu einem Höhepunkt, doch der kann noch weit entfernt sein. Aber Gold ist derzeit keine Anlageklasse, die wir favorisieren.

Wie geht es mit dem Euro weiter?

Den Euro wird es auch in Jahrzehnten noch geben. Diese Krise gibt uns eine gute Chance, zu einer wirklichen Wirtschaftsunion zu kommen – und die gilt es schnell zu nutzen.

Welche Rolle kommt Kapitalanlegern in Finanzkrisen zu?

Die großen Kapitalanleger haben in der Vergangenheit eine außerordentlich positive Rolle als Stoßdämpfer von Schocks gespielt. Wenn die Märkte am Boden waren, haben die langfristigen Kapitalanleger gekauft – Aktien, Anleihen, alles, was im Preis gefallen war. Das ist heute nicht mehr möglich, weil die Märkte volatiler sind. Die Medien haben diese Problematik bislang nicht in ausreichender Weise aufgegriffen.

Inwiefern?

Wir haben Altersvorsorgesysteme, die dringend Rendite benötigen. Die Staaten haben nicht mehr das Geld, um die Pensionen aus dem laufenden Budget zu zahlen. Ohne Kapitaldeckung wird es nicht weitergehen. Und nun drohen uns Kapitalvorschriften, die uns nötigen, für langfristige Investments viel Risikokapital vorzuhalten, das an kurzfristigen Volatilitäten gemessen wird, statt die Mehrrenditechancen von Risikoassets für langfristige Investitionen zu nutzen.

Die Ratingagenturen haben in der Finanzkrise eine bedeutende Rolle gespielt. Wie wichtig sind sie für Ihre Arbeit?

Neben den Wachstumsaussichten bewegt die Frage „Inflation oder Deflation?“ derzeit die Finanzmärkte. Wie stehen Sie dazu?

Beide Themen werden zu hoch gehängt. In Europa und in den USA werden wir keine Deflation bekommen, auch wenn noch so viele Japan als Beispiel zitieren. Unsere Wirtschaft und die Amerikas sind viel flexibler. Demgegenüber habe ich gewisse Zweifel, dass die Zentralbanken ihren sehr expansiven geldpolitischen Kurs rechtzeitig korrigieren.

Wird die Inflation zu Zinssteigerungen führen?

Ja, wieder anziehende Inflationsraten dürften zu einem höheren Renditeniveau beitragen. Ich erwarte für Bundesanleihen 2012 bis 2013 am langen Ende Werte von 3,5 bis vier Prozent. Das ist um einiges mehr als die heutigen gut 2,5 Prozent.

Wie sehen Sie die Gefahr, dass es erneut zu Spekulationsblasen kommt? Die Notenbanken sind noch immer sehr expansiv.

Wenn wir das Übermaß an rein spekulativem Geld nicht unter Kontrolle bringen, werden wir diese Blasen und die darauf folgenden Krisen in einer immer schnelleren Frequenz haben. Darunter leiden langfristig orientierte Investoren, die

Nicht wichtig. Bill Gross, einer unserer herausragenden Investmentchefs bei Pimco, hat seit 30 Jahren eine sehr vernünftige Auffassung. Er sagt: Jeder Analyst, der mir einen Bond nur aufgrund eines Ratings empfiehlt, wird nicht lang bei Pimco sein. Wir haben sehr viel Wert darauf gelegt, eine sehr große Kreditanalyse-Kapazität aufzubauen.

Was können Privatanleger von institutionellen Investoren lernen?

Erstens Risikomanagement, zweitens mittel- und langfristige Betrachtung, drittens Zieldefinitionen für Investments. Letzteres ist besonders wichtig. Privatanleger schwimmen meistens, weil sie sich nicht hinreichend Gedanken über den Zweck ihres Investierens machen und sich damit auch nicht hinreichend klar über den Zeithorizont sind.

Was meinen Sie mit mittel- bis langfristig?

Wenn ich heute als 40-Jähriger für meine Altersvorsorge spare, dann weiß ich, das ist ein 20 bis 25 Jahre dauernder Ansparprozess. Dann sollte ich mir in der Gegenwart nicht allzu große Gedanken darüber machen, ob Asien sich in Richtung einer Blase bewegen könnte, ob China im Moment hoch bewertet ist oder Indien tief. Vielleicht sollte man noch etwas hinzufügen: Ich glaube, wir stehen vor einer Zeitenwende. Typischerweise hat fast jeder Privatinvestor rund um die Welt – in den USA genauso wie in Thailand und Deutschland – den „home bias“.

Er investiert also hauptsächlich in Werte des eigenen Landes, weil er meint, sich da auszukennen.

Bei anderen Ländern mag das manchmal sinnvoll sein. Deutsche Privatanleger sollten jedoch verstehen, dass wir uns in einem Industrieraum befinden, der tendenziell gering wächst. Und dass es in den Emerging Markets Industrieräume gibt, die keineswegs mehr unter einer erratischen Volatilität leiden, wie das noch in den 90er-Jahren der Fall war. Schauen Sie sich die enormen Währungsreserven an, die Asien aufgebaut hat! Ich komme wieder zum Anfang unseres Gesprächs: Wir haben hier eine stabile Wirtschaftsregion, die in den kommenden zehn Jahren Wachstumsraten aufweisen wird, die diejenigen Europas um mehr als vier Prozentpunkte übertreffen werden.

Aber man kann auch in deutsche Exportwerte investieren, die einen Großteil ihrer Geschäfte in Schwellenländern machen?


Ja, das ist eine Alternative.

.....








Börsenkommentar: Und er bewegt sich doch



Nach seiner monatelangen Seitwärtsbewegung schafft der DAX endlich den Ausbruch. Marschiert der Index nun stramm in Richtung 7000 Punkte?

Er hat es geschafft: Nach Monaten, in denen der DAX seitwärts pendelte, hat der deutsche Aktienindex Anfang August endlich ein neues Zweijahreshoch markiert. Zu guter Letzt waren es Konjunkturdaten aus den USA, die dem schläfrigen Index den notwendigen Schub verpassten. Dass die euphorische Reaktion der Börsianer so lange auf sich warten ließ, verblüfft auf den ersten Blick.

Denn schließlich überzeugten die Unternehmensgewinne, die normalerweise der stärkste Treiber für höhere Kurse sind, schon seit mehreren Wochen.

Klar: Zuletzt legten auch  Henkel und  Munich Re Zahlen vor, die über den Prognosen der Analysten lagen. Doch etliche Ergebnisse hätten den Anlegern eigentlich schon vor Wochen Glücksgefühle verschaffen müssen: Die Resultate der Autobranche -  Daimler,  BMW und  Volkswagen - toppten fast alle Prognosen. Und selbst die größten Optimisten unter den Analysten hatten  BASF und  Siemens keine derart guten Auftrags-, Umsatz- und Ergebnisdaten zugetraut, wie sie berichtet wurden.

Und doch könnten die Investoren mit ihrer Zurückhaltung recht haben. Denn die Börse blickt bekanntlich 6 bis 12 Monate in die Zukunft. Und da trübt sich das Bild auch schon wieder ein. Bei den Unternehmensgewinnen dürfte sich die enorme Dynamik der ersten sechs Monate nicht ohne weiteres auf das zweite Halbjahr übertragen lassen. Zudem hängen gleich mehrere Damoklesschwerter über den Kursen: die drohende Immobilienblase in China und eine zunehmende Konsumzurückhaltung in den USA könnten ein mögliches Abgleiten in eine Rezession beflügeln.

Also geht es mit den Aktienkursen schon bald wieder abwärts? Nein. Auch hier gibt es gute Gegenargumente: die trotz gestiegener Kurse fehlende Euphorie am Markt, die weiter günstige Bewertung der Dividentitel und die mangelnden Alternativen. Zur Erinnerung: Eine 10-jährige Bundesanleihe rentiert derzeit mit rund 2,55 Prozent.


Mein Fazit: Da positive und negative Argumente sich derzeit weitgehend die Waage halten, spricht viel dafür, dass der Markt zunächst wieder in die Seitwärtsbewegung der vergangenen Monate übergeht.


Ausblick: Die wichtigsten Börsentermine



Wichtige Wirtschafts- und Finanzmarkttermine geben Anlegern einen Überblick, worauf sie in der kommenden Börsenwoche achten sollten.

Dienstag, 10. August

 Heidelberger Druck Der Druckmaschinenhersteller plant eine Kapitalerhöhung, die zu deutlichen Verwässerungseffekten für die Aktionäre führen wird. Ein Investment drängt sich derzeit daher nicht auf. Auch die wahrscheinlich etwas besser ausfallenden Zahlen für das erste Quartal ändern daran nichts.

 Demag Cranes Auch wenn die Konjunktur wieder anzieht, so lag der Jahresumsatz für das erste Halbjahr unter dem des Vorjahres. Die Zahlen für das dritte Quartal dürften erste Anhaltspunkte geben, ob der Turnaround bald geschafft werden wird. Bis dahin heißt es: Beobachten.

Mittwoch, 11. August

☒ Eon Der Energieversorger wird am Mittwoch die Bilanz eines wohl eher durchwachsenen zweiten Quartals präsentieren - so zumindest glaubt die Mehrheit der Analysten. Mit dieser Erwartungshaltung ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Markt enttäuscht wird, gering. Das stabile Geschäft sorgt für einen guten Cashflow, was die Aktie durchaus kaufenswert macht.

☒ Aurubis wird im dritten Quartal nach Erachten der Analysten deutlich bessere Ergebnisse vorlegen. Da die Kupfernachfrage mit Anziehen der Konjunktur steigt, dürfte das auch den Kurs beflügeln: Kaufen.

☒ TUI Während andere das Flugverbot wegen der Aschewolke offenbar gut weggesteckt haben, steht das TUI bei der Präsentation seiner Zahlen für das dritte Quartal noch bevor. Die anziehende Konjunktur dürfte aber der Tochter Hapag-Lloyd Freude bereiten. Kaufen.

Donnerstag, 12. August

☒ RWE Nur einen Tag nach Eon legt der Essener Energiekonzern RWE seine Zahlen für das zweite Quartal vor. Der Start ins Jahr war bei dem Essener Versorger hervorragend ausgefallen: Das Betriebsergebnis kletterte im ersten Quartal um 14 Prozent. Kaufen.

Freitag, 13. August

☒ ThyssenKrupp Analysten erwarten vom dritten Quartal bei ThyssenKrupp starke Zahlen. Auch eine Erhöhung der bisherigen Prognose für das Gesamtjahr halten Marktbeobachter für denkbar. Allerdings dürfte die neue Stahlwerke in Brasilien und USA den Gewinn belasten: Beobachten.

.....

Dax-Wochenrückblick: Jahreshoch markiert



Positive Bilanzzahlen und Rückenwind aus den USA haben den deutschen Leitindex auf ein neues Jahreshoch getrieben.

Hits - Platz 1: ☒ Bayer, Wochengewinn: +10,9 Prozent

Positive Studienergebnisse für das Thrombosemittel Xarelto und das Präparat Rivaroxaban haben die Bayer Aktie beflügelt. Zudem sorgten positive Analysteneinschätzungen für Unterstützung.

Hits - Platz 2: ☒ BMW, Wochengewinn: +8,6 Prozent


Nach einem Rekordquartalsgewinn von 1,3 Milliarden Euro konnte BMW kräftig zulegen. Die steigende Zahl wohlhabender Kunden in China und auch positive Zulassungszahlen in den USA halfen den Absatz weiter anzukurbeln.

Hits - Platz 3: ☒ K+S, Wochengewinn: +8,6 Prozent


Die Kapriolen bei den Preisen für Weizen und andere Agrarprodukte rücken auch die Düngemittelhersteller in den Fokus. Analysten sind für den Kasseler Konzern positiv eingestellt.

Hits - Platz 4: ☒ ThyssenKrupp, Wochengewinn: +6,5 Prozent


Der norwegische Staatsfonds hat seinen Anteil an dem deutschen Stahlhersteller auf drei Prozent ausgeweitet. Auch hier gab es positive Kommentare von Expertenseite.

Hits - Platz 5:  Deutsche Bank, Wochengewinn: +5,1 Prozent

Nachdem Verunsicherungen um den Stresstest verdaut sind, ging es für die meisten Finanzwerte weiter nach oben. Auch die Deutsche Bank legte weiter zu.

Flops - Platz 1:  Beiersdorf, Wochenverlust: -7,1 Prozent

Die Quartalszahlen von Beiersdorf wurden von den Anlegern negativ aufgenommen. Trotz des starken Geschäfts im Kleberbereich halten die Analysten das Potenzial im Konsumproduktesektor für gering.

Flops - Platz 2:  Metro, Wochenverlust: -3,7 Prozent


Auch bei Metro sorgten die Quartalszahlen für Abgabedruck. Vor allem die Gewinnentwicklung wurde kritisch bewertet, während sich der Umsatz im Rahmend der Erwartungen bewegte.

Flops - Platz 3:  Infineon, Wochenverlust: -1,4 Prozent

Der Machtkampf bei Infineon ist entschieden. Peter Bauer wird neuer Vorstandsvorsitzender des Chipherstellers, Finanzvorstand und Arbeitsdirektor Marco Schröter verlässt das Unternehmen. Die Aktie reagierte mit Abschlügen.

Flops - Platz 4:  Telekom, Wochenverlust: -0,6 Prozent

De Konzern konnte das Festnetzsegment im Heimatmarkt stabilisieren. Dagegen bescherte das Geschäft in Großbritannien einen Verlust.

Flops - Platz 5:  Volkswagen, Wochengewinn: +0,2 Prozent

In den USA konnte VW im Juni 16 Prozent mehr verkaufen. Auch Audi legte zu. Für eine Platzierung in den Top-5 reichte es dennoch nicht.

.....

Gefängnisaktien: Geschäfte mit Gittern



In den USA ist die Verwahrung von Kriminellen ein boomender Markt. Für kleinste Verbrechen werden drakonische Strafen verhängt und der Bedarf an Haftplätzen wächst. Davon können Anleger profitieren - wenn sie ihr Gewissen beiseite lassen.

Es sind Menschen wie Atiba Parker, Weldon Angelos und George Norris, von denen in den USA ein ganzer Industriezweig lebt. Parker, ein schwarzer Uniabsolvent, dealte zweimal mit Koks, ließ sich erwischen. Das Urteil: 42 Jahre Haft. Angelos, ein kleinkrimineller Hispanic, verkaufte Marihuana, größere Mengen, regelmäßig. Das Urteil: 55 Jahre Haft. George Norris, ein 65 Jahre alter Rentner, hatte noch nie Ärger mit den Behörden. Bis Polizisten sein Haus stürmten. Der Blumenliebhaber hatte Orchideen ins Land geschmuggelt und weiterverkauft, ohne dafür die notwendigen Papiere zu besitzen. Zwei Jahre Haft.

Die Geschichten der drei helfen zu erklären, warum die Gefängnisindustrie in den USA eine der lukrativsten Branchen überhaupt ist. In keinem Industrieland wandern Menschen schneller hinter Gitter als in den USA, nirgendwo sonst in der westlichen Welt werden selbst für kleinere Delikte so drakonische Strafen verhängt. Rund 2,4 Millionen Personen, also einer von 100 erwachsenen US-Bürgern, leben derzeit im Gefängnis. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sind in den USA neunmal so viele Menschen eingesperrt wie in Deutschland.

Zwischen 1980 und 2009 sind die öffentlichen Ausgaben für Gefängnisse in den USA von 10 auf 53 Milliarden Dollar (40,4 Milliarden Euro) nach oben geschossen. In einigen Bundesstaaten übersteigen die Kosten sogar die Bildungsausgaben. Und es gibt viele Unternehmen, die von dem Geldsegen profitieren. Denn anders als in Deutschland, wo Privatfirmen allenfalls Hilfsdienste in den Gefängnissen übernehmen, werden viele Knäste in den USA komplett von Privatfirmen betrieben.

Die Investition in die entsprechenden Aktien eignet sich nur für Investoren, die mit einem zynischen Kalkül bei der Geldanlage keine Schwierigkeiten haben, denn viele Gefängnisse sind katastrophal überbelegt. Und die auch mit Gleichungen wie diesen leben können: je größer die Armut, desto mehr Kriminalität. "Aktien von Gefängnisbetreibern haben geradezu eine negative Korrelation zur wirtschaftlichen Entwicklung", sagt Thomas Körfggen, Fondsmanager bei SEB. Ähnlich sieht es Rick Nelson, Analyst bei der Bank Morgan Joseph: Auch in Zukunft bräuchten die Behörden ständig mehr Platz, um die neu Verurteilten unterzubringen.

In die populären Nachhaltigkeitsindizes finden die größten Werte der Branche damit keinen Zugang. Die Geschäfte laufen dennoch: Eine der größten Betreiber ist die Corrections Corporation of America (CCA). In den Zuchthäusern der Gesellschaft sitzen 75.000 Verurteilte ein. Die CCA baut und verwaltet eigene Gefängnisse und übernimmt im Auftrag der Justiz die Insassen. Seine Dienste stellt das Unternehmen den Bundesstaaten dann in Rechnung. Für den Staat ist das bis zu 20 Prozent günstiger, als selbst die Gefängnisse zu betreiben.

Seit 2005 steigerte die CCA Jahr für Jahr den Umsatz, 2009 kletterte er trotz der Rezession um 5,4 Prozent auf 1,7 Milliarden Dollar. Auch die Erträge stimmen: Der Betriebsertrag lag 2009 bei 313 Millionen Dollar. Daraus ergibt sich eine Marge von knapp 19 Prozent. Ähnlich gut laufen die Geschäfte bei der Geo Group, dem mit 53.000 Haftplätzen zweitgrößten Anbieter im Land. Der Umsatz wuchs seit 2006 um rund ein Drittel auf 1,1 Milliarden Dollar, der Gewinn pro Aktie kletterte in dieser Zeit gar um rund 62 Prozent auf 1,30 Dollar.

Die Commerzbank hat sogar ein Endloszertifikat aufgelegt, mit dem Anleger auf die Kursentwicklung der Branche wetten können (ISIN DE 000 DR98LK 3). Das Papier setzt auf den Solactive-Sicherungsverwahrung-Index auf, dem fünf Unternehmen angehören. Neben CCA und Geo zählen noch die britische Serco Group und die US-Konzerne America Service Group und Cornell dazu.

Das bereits 2006 zu 100 Euro begebene Zertifikat streut zwar die Risiken über verschiedene Titel und berücksichtigt Dividenden. Während der Turbulenzen der Finanzkrise und der folgenden Rezession war von dem gewünschten Diversifizierungseffekt indes wenig zu spüren: Von in der Spitze 115 Euro im Jahr 2007 rauschte das Zertifikat auf 55 Euro 2009 - erholte sich aber auch wieder auf derzeit 97,25 Euro.

Gefängnisbetreiber im Vergleich

Unternehmen	ISIN	Perf.1 in % 1 Jahr	KGV 2011e	Kurs in €	Marktwert in Milliarden €
CCA	US 220 25Y407 0	22,4	15,2	14,74	1,71
Cornell Cos.	US219 141108 9	69,7	16,4	21,20	0,32
Geo Group	US 361 59R10 2	26,8	13,3	16,39	0,81
Serco Group	GB 000 797379 4	44,4	14,4	6,60	3,32

e = erwartet; 1) auf Euro-Basis; Quelle: Bloomberg; Stand: 2.8.2010

Börse: Warum Stockpicking nichts nutzt



Investoren haben ein Problem: Die Titelselektion lohnt kaum noch. Denn Aktienkurse entwickeln sich stärker als früher parallel. Selbst nach der Lehman-Pleite war dieses Phänomen nicht so stark ausgeprägt.

Der Zahl eins kommt in der Finanzwirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Sie beschreibt das Phänomen, wenn sich die Kurse von zwei unterschiedlichen Basiswerten identisch verhalten. Fällt der Wert der einen Aktie um fünf Prozent, und folgt die andere Aktie der Bewegung in gleicher Höhe, dann sprechen Finanzexperten von einer sogenannten vollständigen Korrelation. Und dieser Zustand wird durch die Zahl eins symbolisiert.

Ebendieser Gleichlauf von Aktien hat im April und Mai dieses Jahres, als die Börsen schwächelten, deutlich zugenommen. Nach einer Untersuchung von Barclays Capital lag die Korrelation bei US-Aktien in den vergangenen Wochen sogar höher als nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008. Damals brachen die Aktien aller Unternehmen massiv ein. Dennoch waren die Unterschiede in der Kursentwicklung größer als heute.

Das Phänomen war zuletzt auch in Europa zu beobachten. Im Euro Stoxx 50, der die 50 größten Unternehmen der Euro-Zone umfasst, lag die Korrelation im Mai über einen Zeitraum von zwei Wochen bei mehr als 90 Prozent - höher als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit Ausbruch der Finanzkrise. Selbst über eine längere Zeitspanne von drei Monaten beträgt die Korrelation im Euro Stoxx 50 immer noch rund 80 Prozent.

Für Investoren sind die abnehmenden Unterschiede ein Problem. Sie haben Mühe, durch die Auswahl bestimmter Aktien noch eine Überrendite gegenüber einem Vergleichsindex zu erzielen. Selbst das Ausweichen auf andere Anlageklassen bringt wenig. Denn nicht nur innerhalb der Aktien hat der Gleichlauf zugenommen, auch zwischen den Anlageklassen verschwimmen die Differenzen.

So entwickelt sich beispielsweise der Ölpreis der US-Sorte WTI heute viel stärker wie der S&P 500. Auch die Korrelation zwischen dem US-Leitindex und dem Euro-Dollar-Kurs hat zugenommen. Vor der Pleite von Lehman lag sie über Jahre fast bei null, nun beträgt sie rund 60 Prozent. Analysten beobachten zudem einen stärkeren Zusammenhang zwischen den Rohstoffpreisen und den Währungen der Erzeugerländer wie etwa Brasilien und Argentinien.

Für den stärkeren Gleichlauf von Aktien gibt es mehrere Gründe. Nach Ansicht von Peter Clarke, dem Chefaktienstrategen der Citigroup in London, wird die Meinung der Investoren zu einzelnen Werten zunehmend von gesamtwirtschaftlichen Risiken überlagert. Ähnlich sieht es Stéphane Mattatia, Chef für Finanzanalyse bei der französischen Großbank Société Générale. "In einer Wirtschaftskrise verschwenden Investoren kaum Zeit mit der Aktienausswahl", sagt er. Sollte die Konjunktur einbrechen, schmeißen sie alles auf den Markt, sind die Aktien hingegen günstig, kaufen sie querbeet. Volatile Phasen seien immer durch eine hohe Korrelation geprägt, sagt Mattatia.

Experten sehen aber auch in der wachsenden Popularität von Indexfonds einen Grund für die abnehmenden Differenzen. Die sogenannten Exchange-Traded Funds (ETFs) bilden einen Index nahezu eins zu eins ab. "Mit dem Wachstum der ETFs wird weniger in Einzelaktien gedacht, sondern stärker in Gruppen und Sektoren", sagt Jeffrey Yale Rubin, Researchchef beim US-Analysehaus Birinyi. Durch die Zuflüsse in ETFs wird mehr Kapital an einen Index gebunden. Das Geld fließt folglich gleichmäßig in alle Indexmitglieder, wie es auch wieder im Gleichschritt abfließt.

Vorerst spricht wenig für eine Abnahme der Korrelation. Die Optionsmärkte preisen für die nächsten Jahre jedenfalls einen größeren Gleichlauf ein. Und die Investoren reagieren: "Wir haben früher nie auf den Euro-Dollar-Kurs geachtet", sagt Rubin. In den vergangenen Wochen habe man jedoch darauf geschaut, um zu sehen, ob der Aktienmarkt steigt oder fällt.



Leuchtmittelindustrie: LED-Produzenten locken Anleger



Noch ist der Marktanteil der Leuchtdioden gering. Doch Experten erwarten von der LED-Lichttechnik eine Revolution der Branche. Profiteure wären die Hersteller. Wir zeigen die Aktien, bei denen ein Einstieg lohnt.

Weniger Energieverbrauch, längere Haltbarkeit, besseres Licht. Es gibt viele Argumente, die für den Einsatz sogenannter Licht emittierender Dioden – kurz LEDs – sprechen. Noch sind die Einsatzgebiete der Dioden, deren Leuchtfähigkeit auf einem Halbleiterelement basiert, überschaubar und der LED-Anteil an der Lichtindustrie mit geschätzten zwei Prozent gering. Doch Experten erwarten, dass sich die Technik schon bald im Massenmarkt durchsetzen wird, und nicht mehr nur in Handys oder Computerbildschirmen zum Einsatz kommt. „Vor allem in kommerziellen Bauten wie Behörden- und Bürogebäuden werden LEDs schon immer häufiger verwendet“, erklärt Björn Glück, Fondsmanager bei Lupus alpha.

Von der Technologie wird nicht weniger erwartet, all dass sie schon innerhalb weniger Jahre zum Standard in der Beleuchtungstechnik wird und all die Glühbirnen und Energiesparlampen endgültig ausknipst. Damit wäre es auch ein interessantes Investmentthema. Experten jedenfalls trauen der Technik ein großes Potenzial zu. „Die LED-Industrie steht an der Schwelle einer neuen Wachstumsphase, die in den kommenden fünf Jahren durchschnittliche Wachstumsraten von jährlich rund 30 Prozent aufweisen wird“, sagt Glück. Ähnlich optimistisch sind die Experten des Marktforschungsinstituts iSuppli: Sie prognostizieren bis 2013 einen Anstieg der weltweiten Umsätze von derzeit rund 7 auf 17,4 Mrd. Dollar (13,3 Mrd. Euro). Rudy Provoost, Chef der Lichtsparte von Philips, erwartet, dass bereits in zehn Jahren 70 Prozent aller Lichtquellen auf Leuchtdioden basieren.

Profiteure der Entwicklung sind zum einen Firmen wie Aixtron oder Veeco Instruments, die Fertigungsanlagen ausliefern. Und natürlich gehören die Hersteller der LEDs selbst dazu, wie etwa Cree, Philips, Zumtobel oder die Siemens-Tochter Osram. Sie rüsten sich bereits für eine steigende Nachfrage und bauen ihre Kapazitäten aus.

Den Trend spiegeln die aktuellen Zahlen des TecDAX-Konzerns Aixtron wider – mit einem Marktanteil von rund 60 Prozent weltweit führender LED-Anlagenbauer. Dessen Umsatz schnellte im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 56,7 auf 191,8 Mio. Euro in die Höhe. Unterm Strich verdiente Aixtron mit 42,3 Mio. Euro rund 39 Mio. Euro mehr als im zweiten Quartal 2009. Konzernchef Paul Hyland hat die Ziele für 2010 bereits zum dritten Mal angehoben. Statt

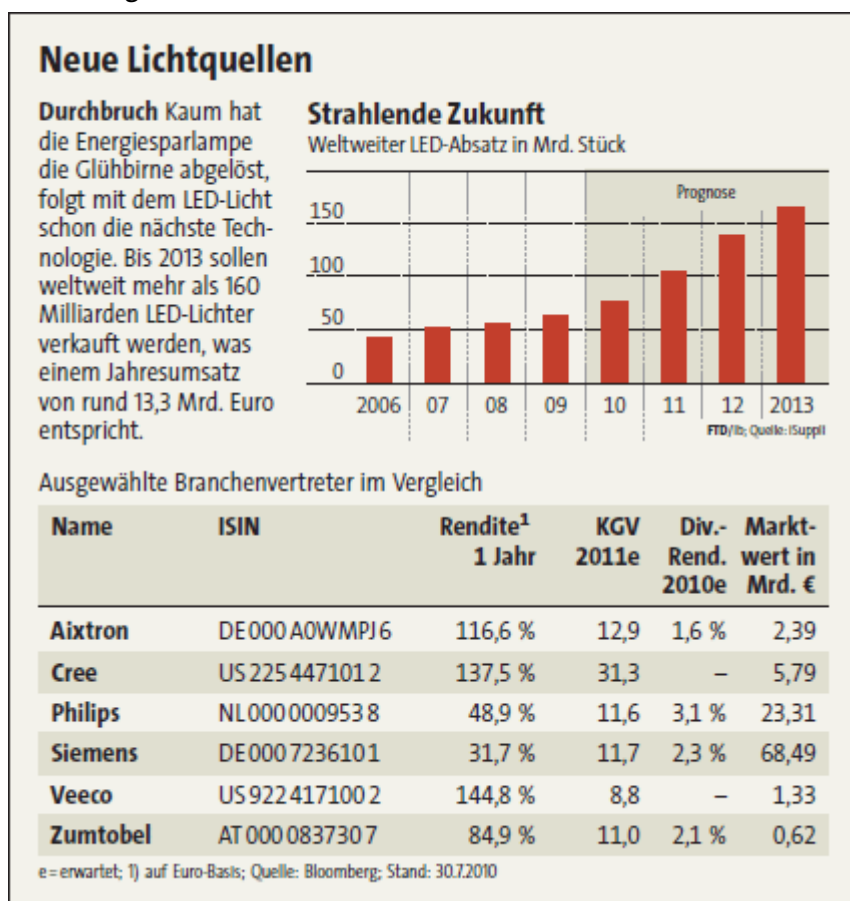
Erlösen von 650 bis 700 Mio. Euro erwartet er nun 750 Mio. Euro. Gleichzeitig hob er das Margenziel – bezogen auf das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) – von 30 auf rund 33 Prozent an.

Nicht nur die Anlagenbauer beeindrucken mit hohem Wachstum, sondern auch die LED-Produzenten. So lag etwa der Gewinn der Siemens-Tochter Osram im abgelaufenen Quartal bei 127 Mio. Euro, nach 8 Mio. Euro im Vorjahreszeitraum. Wie bei Philips ist die Lichtsparte bei Siemens jedoch nur ein Baustein innerhalb des Konzerns. Die Auswirkungen des LED-Wachstums auf den Aktienkurs sind daher überschaubar.

Anders sieht es beim US-Konzern Cree aus, der rund 80 Prozent der Erlöse mit Lichtdioden erzielt und auch stark wächst. Einziges Problem: Mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von 31 auf Basis der Gewinnsschätzungen für das Geschäftsjahr 2010/11 ist die Aktie schon recht ambitioniert bewertet.

So teuer ist Aixtron zwar nicht, doch nach der Rally der vergangenen zwölf Monate, in denen sich der Kurs mehr als verdoppelt hat, wird die Luft ebenfalls dünn. Zumal die Aktie des ebenso erfolgreichen US-Wettbewerbers Veeco Instruments mit einem KGV von 8,8 für 2011 deutlich günstiger bewertet ist als das Aixtron-Papier mit 12,9.

Für Anleger bleibt die Erkenntnis, dass die guten Aussichten der LED-Branche an der Börse kein Geheimtipp mehr sind. Und dass es trotz des hohen Wachstums Mut braucht, um noch einzusteigen.



News aus New York: Vorsicht, der Herbst kommt



Die Aktienkurse steigen. Demnach geht es der US-Wirtschaft gut. Aber die Anleihezinsen fallen, also stehen schlechte Zeiten bevor. Wer hat nun Recht?

Ich neige immer dazu, den Bondbesitzern zu glauben. Die haben eher einen nüchternen Blick als die oft euphorischen Aktionäre. Die Rally an den Börsen erklärt sich leicht durch die Jahreszeit. Falls nicht Lehman Brothers wie im August 2008 in Schwierigkeiten gerät, neigen Aktien im Sommer zu Kursgewinnen. Aber es sei gewarnt: Im Herbst krachen sie oft nach unten.

Das Handelsvolumen ist niedrig. Viele Trader haben New York verlassen und liegen in den Hamptons am Strand. Auch das US-Parlament ist seit ein paar Tagen in Urlaub, wie auch Präsident Barack Obama, dessen Frau Michelle kürzlich in Spanien gesichtet wurde. Wichtige Entscheidungen werden in dieser Zeit nicht gefällt. Aber im September kehren sie alle wieder zurück. Und es könnte die alte Leier gespielt werden: Euromalaise, US-Arbeitslosigkeit, Verschuldungskrise. Dazu stehen im November Kongresswahlen in den USA an, was zusätzlich für Unsicherheit sorgen wird.

Derzeit notiert der S&P 500 bei 1120 Punkten. Ein Aufschwung bis zu 1150 Punkte ist allemal drin. Aber Anleger sollten die guten Zeiten für Gewinnmitnahmen nutzen - und es den Anleihebesitzern nachmachen und das Kapital in Zinspapieren anlegen. Zumindest bis November.

Abgespeckte Version: Schäuble schont Kleinanleger bei Immobilienfonds-Regulierung



Seit das Finanzministerium seine Reformpläne im Mai veröffentlichte, befindet sich die Branche im Schockzustand. Jetzt atmet sie auf. Offene Immobilienfonds werden nicht so streng reguliert wie geplant. Was sich für Sparer ändert.

Die offenen Immobilienfonds befinden sich seit Mai in einer Schockstarre. Da nämlich veröffentlichte das Haus von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) seinen ersten Gesetzentwurf zur Reform der Branche. Viele Investoren reagierten verschreckt auf die Pläne, die unter anderem eine zweijährige Mindesthaltedauer und eine Kündigungsfrist von bis zu zwei Jahren vorsahen. Insgesamt 1,4 Milliarden Euro zogen Anleger allein im Mai ab.

Drei Fonds mussten schließen. Und auch bei den geöffneten Produkten läuft der Absatz seitdem schleppend, denn die Unsicherheit über die künftige Struktur der Produkte lähmt das Neugeschäft. Nun aber sickern erste Details zum überarbeiteten Regulierungsentwurf durch, die erkennen lassen, dass es die Branche nicht so hart treffen wird wie befürchtet. Das gilt zumindest für all jene Anbieter mit einem hohen Anteil von Privatinvestoren. Wir geben einen Überblick.

Auslöser der Reform

Massenflucht

Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im Oktober 2008 zogen Anleger rund 5 Milliarden Euro aus den offenen Immobilienfonds ab. Zwölf Fonds mussten gar dichtmachen. Es traf vor allem die Produkte mit einem hohen Anteil institutioneller Investoren, die schnell erhebliche Beträge abrufen. Um spekulative Anleger fernzuhalten und Fondsschließungen zu vermeiden, will die Regierung die Produkte strenger regulieren.

Mindesthaltedauer

Künftig soll es nach Informationen aus Regierungskreisen für Anleger eine zweijährige Mindesthaltedauer geben. Daran hat sich gegenüber dem ursprünglichen Entwurf nichts geändert. Die Regelung soll vermeiden, dass institutionelle Investoren oder Dachfonds die Produkte als Geldmarktersatz missbrauchen und schon nach kurzer Zeit hohe Summen abziehen. Denn die Fonds investieren langfristig in Immobilien. Ziehen zu viele Anleger ihr Geld gleichzeitig ab, bekommen sie Liquiditätsnöte. Wegen dieses Problems sind derzeit zehn offene Immobilienfonds eingefroren.

Kündigungsfrist

Die ursprünglich angedachte Kündigungsfrist von bis zu zwei Jahren ist nach Informationen aus Finanzkreisen wohl vom Tisch. Sie sollte zusätzlich zur Mindesthaltedauer gelten. Dies hätte bedeutet, dass Anleger im Extremfall frühestens nach vier Jahren an ihr Geld gekommen wären.

Rücknahmeabschlag

Statt einer Kündigungsfrist sind nun zeitlich gestaffelte Rücknahmeabschläge geplant. Anleger, die in den zwei Jahren nach Ablauf der zweijährigen Mindesthaltefrist ihr Geld abziehen, müssen Einbußen hinnehmen. Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet, dass für das erste Jahr ein Abschlag von zehn Prozent vorgesehen ist und für das zweite von fünf Prozent. Das Geld kommt dem Fondsvermögen zugute. Nach vier Jahren Haltedauer gäbe es somit keine Restriktionen mehr, sodass dann immer noch große Kapitalabflüsse möglich wären.

Ausnahmen

Nach Informationen aus Finanzkreisen soll weder die Mindesthaltedauer noch die Kündigungsfrist für Kleinanleger gelten. Beträge bis 5000 Euro dürfen monatlich abgerufen werden. Der Diskussionsentwurf enthielt noch keine Ausnahmen für Kleinanleger. Mit der Änderung käme das BMF einer Hauptforderung der Branche nach: Sie hatte verlangt, die rund drei Millionen Kleinanleger anders zu behandeln, da sie nicht für die Probleme verantwortlich seien.

Verfügbarkeit

Ursprünglich sollten die Fonds nur noch maximal zweimal pro Jahr Anteile zurücknehmen und ausgeben dürfen. Die Einschränkung gibt es nicht mehr. Aus Regierungskreisen heißt es, die Rücknahmetermine hängen künftig davon ab, wie oft die Anbieter die Immobilien bewerten. Wer etwa monatlich die Objekte begutachtet, soll weiterhin täglich Anteile ausgeben und zurücknehmen dürfen. Die Fondsbranche lehnt aber zu enge Bewertungsintervalle ab, weil so hohe Kosten entstünden, was die Rendite belastet. Der ursprünglich pauschale Bewertungsabschlag von zehn Prozent auf das Fondsvermögen ist ebenfalls vom Tisch.

Gesetzgebung

Das Bundeskabinett wollte die Änderungen für die offenen Immobilienfonds bereits vor der Sommerpause absegnen. Sie sind aber nur Teil einer Reform zur Stärkung des Anlegerschutzes. Weil die Regulierung der geschlossenen Fonds noch umstritten ist, stockt der Prozess. Frühestens Ende August wird der Gesetzentwurf das Kabinett passieren und anschließend dem Bundestag zur Lesung vorgelegt. Mit der Absegnung durch den Bundestag ist also nicht vor Ende September zu rechnen.



Rentenfonds: Kosten fressen die Rendite von Kurzläufnern auf



Rentenfonds, die in Anleihen mit kurzer Laufzeit investieren, drohen zu einem Problem für Anleger zu werden. Niedrige Zinsen lassen die Rendite so weit absacken, dass sie nicht einmal die Gebühren einfahren. Doch die Anbieter sträuben sich die Kosten zu senken.

Kurzläuferfonds haben derzeit ein Problem: Die Papiere liefen in den vergangenen Monaten zu gut. Die Kurse kletterten in die Höhe, deshalb sanken die Renditen. Das ist eine Eigenheit der Anlageklasse. Je höher der Kaufpreis einer Anleihe ist, desto weniger Erträge wirft sie ab. Dazu trug einmal das gesunkene Zinsniveau bei, andererseits auch die wachsende Risikoscheu, die vor allem die Kurse von Anleihen guter Schuldner befeuerte. So liegt etwa die Rendite von Bundesanleihen mit einer Laufzeit von unter drei Jahren derzeit bei weniger als einem Prozent.

In den vergangenen zwei Jahren verhalfen die ansteigenden Kurse den Fonds zu einer ordentlichen Performance. Nun aber stecken die Manager in der Zwickmühle. Halten sie die Papiere bis zur Endfälligkeit, drohen Performance-Einbußen. Denn zum Ende der Laufzeit nähert sich der Kurs einer Anleihe immer dem Nennwert an und liegt nicht mehr darüber, wie es zurzeit meist der Fall ist. Neuinvestitionen würden jedoch ebenfalls die Renditen verwässern.

Viele Portfoliomanager beginnen deshalb, riskantere Papiere beizumischen und damit die Wertentwicklung zu steigern. "Im aktuellen Marktumfeld ist es die Hauptaufgabe eines Rentenfondsmanagers, das Risiko gut zu dosieren", sagt Claus Meyer-Cording, der bei der Deutsche-Bank-Tochter DWS einen Kurzläufer-Rentenfonds verwaltet. Er mischt etwa italienische und irische Staatsanleihen bei, um der Performance seines Fonds auf die Sprünge zu helfen. Meyer-Cording hält das Kreditausfallrisiko indes für überschaubar. "Italien ist recht solide und Irland mit seiner Sanierung auf einem guten Weg."

Der Fondsmanager investiert zudem auch in Unternehmensanleihen und Pfandbriefe. Von spanischen Pfandbriefen erwartet er, dass die Rendite im laufenden Jahr um einen Prozentpunkt höher ausfällt als bei deutschen Papieren. "Das macht sich im niedrigen Zinsumfeld bemerkbar", sagt er. Meyer-Cording will mit den Beimischungen im laufenden Jahr eine Fondsrendite von zwei bis drei Prozent nach Kosten erzielen.

Nicht alle Fondsmanager können allerdings das Risiko hochfahren. Ist ein Fonds strikt konservativ konzipiert und darf etwa nur in kurz laufende Anleihen mit dem bestmöglichen Rating "AAA" investieren, sind die Aussichten für dieses Jahr schlecht. "Man kann dem Investor nicht geben, was es nicht gibt", sagt Hans-Ulrich Mayer, der bei Oppenheim Fonds Trust einen Rentenfonds verwaltet. "Und Staatsanleihen mit Triple-A-Rating und einer Laufzeit von einem bis drei Jahren bringen derzeit einfach eine historisch geringe Rendite." Anleger in solchen Fonds müssen seiner Ansicht nach akzeptieren, dass die Vehikel im derzeitigen Marktumfeld schlecht laufen.

Doch die Akzeptanz fällt schwer. Die Kosten der risikoarmen Kurzläuferfonds drohen die Renditen aufzufressen. Sollen die Fonds rentabel bleiben, müssten die Anbieter bei den Verwaltungsgebühren nachjustieren, sagt Werner Hedrich, Analyst der Ratingagentur Morningstar: "Nimmt ein Manager kein höheres Risiko in Kauf, muss er die Kosten runternehmen. Sonst ist der Fonds kein gutes Geschäft mehr für die Anleger."

Bisher scheint allerdings kaum ein Anbieter dazu bereit. Bei der Allianz-Tochter Pimco etwa, einem der größten Rentenfondsanbieter, denkt man darüber nicht nach, ebenso wenig beim Branchenriesen DWS. Dabei sind Gebührensenkungen in schlechten Marktphasen nicht unüblich. Zuletzt schraubten etwa einige Anbieter von Geldmarktfonds die Verwaltungsgebühren herunter. Die Produkte investieren zum Teil in dieselben Papiere wie Kurzläufer-Rentenfonds. Im derzeitigen Marktumfeld waren sie mit ihren ursprünglichen Kosten für Anleger nicht mehr rentabel.

Ausgewählte Rentenkurzläufer

Fonds	ISIN	Performance seit 1.1.10 in %	Performance 3 Jahre ** in %	Agio* in %	Gebühr* in %
Pictet-EUR Short Mid-Term Bonds-HP CHF	LU0167162865	8,08	9,09	5	0,6
Allianz Pimco Mobil-Fonds A EUR	DE0008471913	2,75	4,89	2	1
Return Solutions Bond					
3 Plus B	LU0214102419	2,42	4,57	1	0,6
Gutmann Euro Short-Term Anleihenfonds A	AT0000611181	1,72	5,03	2	0,45
iShares Eb.rexx GovGer 1.5-2.5 (DE)	DE0006289473	1,68	4,65	-	0,16

**) maximal; **) per annum; Stand: 30.7.2010; Quelle: Morningstar*

Indexfonds: Erfolgreich mit Währungen spekulieren



Währungswetten bergen hohe Risiken. Die Kombination diverser Strategien bringt aber seit Jahren Erfolg. Eine davon ist der Big-Mac-Trade.

In Oslo kostet ein Big Mac umgerechnet 7,20 Dollar, in China nur 1,95 Dollar. In den USA legen Kunden im Schnitt 3,73 Dollar für die 500 Kilokalorien auf den Tresen. Unterstellt man, dass ein und dasselbe Produkt überall gleich viel kosten sollte, wäre der chinesische Renminbi zum Dollar um 48 Prozent unterbewertet, die norwegische Krone dagegen um 93 Prozent überbewertet. Dieser Vergleich, den der "Economist" seit 1986 anstellt, mag abwegig anmuten, hat aber einen ernsten

Hintergrund. Der Big-Mac-Index veranschaulicht die Theorie der Kaufkraftparität: Demnach passen sich die Wechselkurse langfristig so an, dass vergleichbare Produkte in verschiedenen Ländern gleich viel kosten.

Dieses Prinzip können sich Anleger zunutze machen - und versuchen, damit am Devisenmarkt Geld zu verdienen. Daneben gibt es zwei weitere Strategien, die oft Erfolg versprechen: der Carry-Trade und der Momentum-Ansatz. Die Deutsche Bank berechnet entsprechende Indizes und bietet die passenden börsengehandelten Fonds (Exchange-Traded Funds, ETFs) an.

Carry

Der Carry-Trade hat in der Finanzwelt nicht den besten Ruf. Jahrelang nahmen Spekulanten Yen-Kredite auf und legten das Geld hoch verzinst in Dollar an. Sie strichen nicht nur die Zinsdifferenz ein, sondern profitierten auch von Währungsgewinnen: Wer sich in Yen verschuldet, verkauft die japanische Devisen. Das bringt den Kurs unter Druck. Im Gegenzug fließt Geld in den Dollar - der Greenback steigt weiter. Die Lehman-Pleite hat den Traum jäh beendet: Weil die Spekulanten ihre Geschäfte hektisch auflösen mussten, legte der Yen rasant zu. Der Carry-Index der Deutschen Bank verlor im Finanzkrisenjahr 2008 stolze 26 Prozent und machte damit den Gewinn von fünf Jahren zunichte. Für das Barometer kauft das Institut über Terminkontrakte die drei Währungen der G10-Staaten mit dem höchsten Zinssatz (derzeit die norwegische Krone sowie den australischen und den neuseeländischen Dollar) und verkauft die Devisen mit den niedrigsten Sätzen - US-Dollar, Yen und Schweizer Franken.

Momentum

Was das Carry-Trade-Barometer verlor, gewann der Momentum-Index: 2008 stand ein Plus von mehr als 28 Prozent. Mit diesem Index setzen Anleger darauf, dass sich bestehende Trends am Devisenmarkt fortsetzen. Der Index erwirbt die drei Devisen, die zum US-Dollar am stärksten zugelegt haben. Derzeit sind das der australische, der neuseeländische und der kanadische Dollar. Schwache Devisen werden verkauft, darunter - kaum verwunderlich - der Euro.

Ausgewählte Währungs-ETFs

Strategie des ETFs ¹	ISIN	Performance in %		
		3 Monate	6 Monate	1 Jahr
Carry-Trade	LU0328474126	- 5,3	- 0,2	4,8
Momentum	LU0328474043	- 2,6	3,0	0,4
Valuation (Big Mac)	LU0328473748	1,9	0,5	- 1,0
Returns ²	LU0328474472	- 1,9	1,3	1,7

1) Anbieter: Deutsche Bank, Gebühr p. a.: 0,3 %; 2) Mix der drei oberen Strategien; 3) Quelle: Anbieter; Stand: 30.7.2010

Kaufkraftparität

Um die drei am höchsten und am niedrigsten bewerteten Devisen herauszufiltern, greift die Deutsche Bank auf die Kaufkraftparitäten zurück, die die Industrieländerorganisation OECD mithilfe eines standardisierten Warenkorbs berechnet. Derzeit setzt der Index auf Euro, US-Dollar und britisches Pfund. Franken, norwegische Krone und australischer Dollar werden verkauft.

Kombination

Jede Einzelstrategie hatte gute und schwache Jahre. Wirklich überzeugend fällt das Ergebnis erst aus, wenn alle drei kombiniert werden. Dieser Currency Returns genannte Index hat seit dem Start

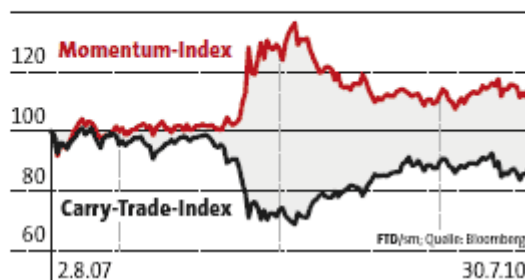
der Berechnung 1990 kein einziges Jahr Verlust gemacht. Die durchschnittliche Jahresrendite beträgt 7,7 Prozent. Für Anleger attraktiv ist auch der kaum vorhandene Gleichlauf (Korrelation) mit anderen Anlageklassen. Dafür nehmen sie in Kauf, dass manche Währung zeitweise zugleich ver- als auch gekauft wird. Dem Big-Mac-Index und der OECD zufolge ist die norwegische Krone viel zu teuer, die hohen Zinsen dagegen sprechen für weiter steigende Kurse.

Drei Strategien in einem Fonds

Devisen-Trio Der Momentum-Index der Deutschen Bank enthält die trendstärksten Währungen, der Carry-Trade-Index setzt auf Zinsdifferenzen in verschiedenen Ländern. Der Returns-Index bündelt diese Strategien und den Kaufkraftparitäten-Ansatz in einem Fonds.

Fast ein Spiegelbild

Indizes indexiert, 2.8.2007 = 100



Schwache Rendite: Profis strafen angelsächsische Fonds ab



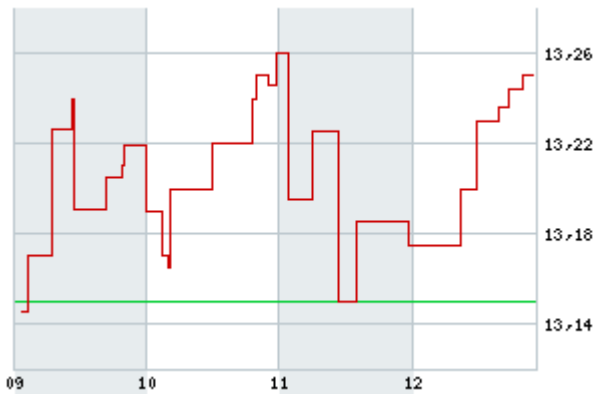
Internationale Investmenthäuser kämpfen mit einem schlechten Image bei Investoren. Deutsche Spezialanbieter und Fondsboutiquen dagegen sind gefragt.

Deutsche Profianleger haben sich in der Finanzkrise enttäuscht von einigen angelsächsischen Fondsgesellschaften gezeigt. Die Großinvestoren bewerten Anbieter wie Goldman Sachs Asset Management, F&C und Invesco verhältnismäßig negativ. Auch die Vermögensverwaltung der Schweizer Großbank UBS bekommt schlechte Noten. Die Profis kritisieren sowohl die Kundenbetreuung als auch das Portfoliomanagement dieser Anbieter.


Das hat eine breite Investorenbefragung von Feri Eurorating Services, einer Tochter des Bad Homburger Vermögensberaters Feri Finance, ergeben. Bis Ende 2009 befragte Feri 128 Profianleger, die zusammen rund 755 Milliarden Euro verwalten. Die Ergebnisse, die ursprünglich gar nicht veröffentlicht werden sollten, liegen in Auszügen vor. Zu den Umfrageteilnehmern gehören Banken, Industrieunternehmen, Kirchen, Pensionskassen, Stiftungen sowie Versicherer. Die Großanleger lassen 22 Prozent ihres Vermögens extern verwalten - Anleihen kaum, den Aktienbestand dafür fast komplett.

UBS AG NAMENS-AKTIEN SF -,10

- 1 Tag
- 1 Monat



Feri filterte aus mehr als 100 Fondsgesellschaften die 36 wichtigsten für eine Detailanalyse heraus. Fast alle dieser Anbieter verkaufen auch Fonds für Privatanleger. Kriterien für die engere Auswahl waren das verwaltete Vermögen und die Anzahl der deutschen Kunden. Es ist die größte Umfrage dieser Art in Deutschland, Feri führt sie alle zwei Jahre durch.

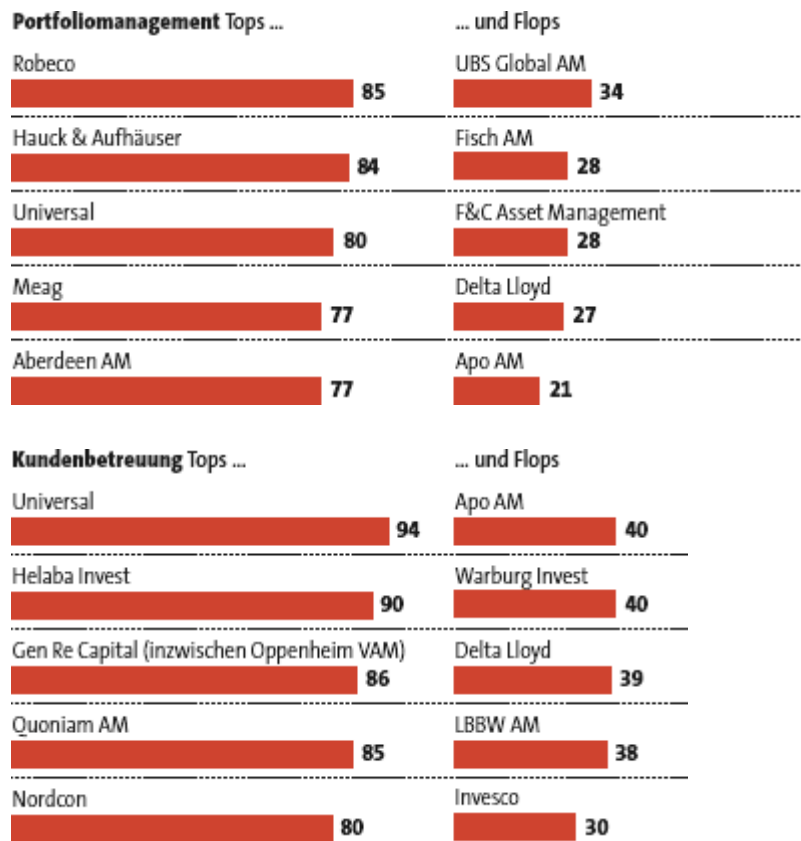
Auffällig ist, dass von den Häusern aus den USA und Großbritannien kaum ein Anbieter Topnoten erhält. So schafft Goldman Sachs es beim Portfoliomanagement nur auf Platz 27 und in der Kundenbetreuung auf Platz 30. UBS kommt auf die Ränge 33 und 28. Invesco erreicht Platz 30 und 36, F&C 36 und 31. Auch die weltgrößte Fondsgesellschaft  Blackrock landet nur im Mittelfeld. Dort tummeln sich auch die großen deutschen Häuser. "Die internationalen Anbieter haben schlechter abgeschnitten als bei der letzten Umfrage. Wir haben von mehreren negativen Aspekten bei angelsächsischen Häusern gehört", sagt Sandro Cappucci, der bei Feri für die Umfrage zuständig ist. Kritisiert worden sei vor allem der unpersönliche Umgang mit den Investoren und die teilweise enttäuschende Anlagerendite.

Tops und Flops

Bewertung der 36 größten institutionellen Vermögensverwalter in Deutschland in Punkten

Umfrage Feri hat 128 Profianleger befragt, wie sie diverse Vermögensverwalter beurteilen. Die Antworten rechnete Feri in Punkte um. 80 bis 100 Punkte sind "sehr gut", weniger als 20 Punkte gelten als "schwach".

Kriterien Die Güte des Portfoliomanagements wird mit zehn Faktoren beurteilt, darunter die Qualität des Personals, das Risikomanagement und die Performance. Bei der Kundenbetreuung spielen sieben Kriterien eine Rolle, etwa die Qualität der Fondsberichte.



Cappucci zufolge hat die Skepsis der Anleger gegenüber den Bankmüttern auf einige Anbieter abgefärbt. "Es wurde ein Verbindung zu den vermeintlich Schuldigen der Finanzkrise gezogen." Ähnlich sieht es bei LBBW Asset Management (Platz 17 im Portfoliomanagement und Rang 35 in der Kundenbetreuung) sowie WestLB Mellon (Platz 31 und 25) aus. Cappucci: "Anlagen bei diesen Häusern kommen für viele institutionelle Investoren in den nächsten zwei Jahren nicht infrage." Beliebte sind hingegen kleine Fondsgesellschaften und Spezialanbieter, die mit gutem Berichtswesen und Kundennähe punkten. Dazu gehören zum Beispiel Lupus Alpha bei Nebenwerten und Optionsstrategien und Quoniam mit einem quantitativen Ansatz. Aber auch die NordLB-Tochter Nordcon sowie Oppenheim zählen zu den Gewinnern. Sie schnitten schon 2007 gut ab. "Diese Gesellschaften haben sich intensiv um die Kunden gekümmert - auch als die Renditen nur mäßig gut waren", erklärt Cappucci.

Zu den Gewinnern zählen auch die Anbieter sogenannter Master-Gesellschaften, auch als Master-KAG bezeichnet, wie Universal, Helaba Invest und Bayern Invest. Diese Firmen bündeln in erster Linie die einzelnen Fonds sowie Depots der Anleger und kanalisieren das Berichtswesen. Sie bieten aber in kleinem Stil auch selbst Fonds an. Universal - mit passiver Vermögensverwaltung - hat sich in der Gesamtwertung sogar an die Spitze geschoben. Der Anbieter habe auch in anderen Geschäftssparten wie der eigenen Portfolioverwaltung von dem guten Ruf als Master-Gesellschaft profitiert, meint Cappucci.

Die vier großen heimischen Anbieter Allianz Global Investors, Union Investment, Deka und DB Advisors erhalten mittelgute Noten. Am schwächsten schneidet die Deutsche-Bank-Tochter DB Advisors ab (Platz 25 und 22). Alle vier Gesellschaften verkaufen in großem Stil auch Publikumsfonds - bei der Deutschen Bank über die DWS.

Bei den vier großen deutschen Anbietern gingen die Urteile der Investoren teils weit auseinander, sagt Cappucci. Positiver als vor zwei Jahren wird Union Investment beurteilt. Der genossenschaftliche Anbieter konnte einige Plätze aufholen und kommt in der Kundenbetreuung inzwischen auf Platz 14. Cappucci: "Der Gesellschaft hat wohl ihre Bodenständigkeit geholfen. Vor zwei Jahren war das noch nicht so gefragt. Da waren einige internationale Häuser beliebter."

Quantozertifikate: Gold ohne Dollar-Risiko



Mit Quantozertifikaten verbannen Anleger das Währungsrisiko aus ihren Depots - für viel Geld. Ein neues Papier bietet eine günstige Alternative.

Es ist keinen Monat her, da war eine Feinunze Gold noch 1037 Euro wert - Rekord. Inzwischen kostet das Edelmetall nur noch 907 Euro, ein Minus von mehr als zwölf Prozent. Schuld daran hat nicht zuletzt die Euro-Stärke: Die Gemeinschaftswährung, die Anfang Juni auf den tiefsten Stand seit mehr als vier Jahren gefallen war, erholte sich zuletzt deutlich. In Dollar gerechnet hat Gold nur gut drei Prozent verloren.

Mit währungsgesicherten Zertifikaten können Anleger das Auf und Ab an den Devisenmärkten aus ihren Depots verbannen. Das erste dieser sogenannten Quantozertifikate auf Gold brachte ABN Amro (heute Royal Bank of Scotland) vor sechseinhalb Jahren an den Markt. Seit Ende Juli haben Anleger eine weitere Alternative: Die Deutsche Bank offeriert das erste börsengehandelte Papier (Exchange-Traded Commodity, ETC), das physisch mit Gold hinterlegt ist und zugleich eine Währungssicherung bietet (ISIN DE000A1EKO3). Der Gold-ETC ist günstiger als die meisten Zertifikate. Dafür garantiert er aber keinen absoluten Schutz vor einem Dollar-Verfall.

Gerade bei dem Edelmetall ist eine Währungsabsicherung sinnvoll, da sich Dollar und Gold meist gegenläufig bewegen. In den ersten Monaten dieses Jahres legten zwar beide gleichzeitig an Wert zu, aber das darf als Ausnahme gelten: Wegen der Schuldenkrise im Euro-Raum flüchteten Anleger in den Dollar und deckten sich zugleich mit Gold ein. Seitdem die Sorgen um Griechenland und die Euro-Zone abgeklungen sind, gilt das bekannte Muster wieder.

Wie teuer die Währungsabsicherung ist, hängt vom Anbieter ab. Da sich alle Zertifikate auf den gleichen Basiswert beziehen und keine weiteren Gebühren anfallen, lässt sich der Preis der Quanto-Option an der Performance ablesen. Und da gibt es deutliche Unterschiede: Während der Goldpreis in den vergangenen drei Jahren um 76 Prozent gestiegen ist, legte das entsprechende Zertifikat der Société Générale um nicht einmal 63 Prozent zu. Der Währungsschutz kostete Anleger also mehr als 13 Prozentpunkte Rendite (siehe Tabelle). Die Deutsche Bank hat sich im gleichen Zeitraum mit weniger als vier Prozentpunkten Gebühren begnügt. Aktuell lässt sich die Commerzbank die Quanto-Option am teuersten bezahlen - aufs Jahr hochgerechnet mit über vier Prozent. In die Berechnung der Quanto-Option fließen viele Faktoren ein, für die die Anbieter unterschiedliche Annahmen treffen. Manche Emittenten passen die Gebühr täglich an, andere sporadisch.

Der Gold-ETC funktioniert anders: Die Deutsche Bank sichert Währungsschwankungen täglich mit Terminkontrakten (Forwards) ab, deren Preis sich aus der Zinsdifferenz ergibt. Ein Dollar-Übernachtskredit ist zurzeit für 0,25 Prozent zu haben, in Euro kostet er 1,0 Prozent. Darum verdienen Anleger an der Währungsabsicherung derzeit sogar 0,75 Prozent im Jahr. Davon zieht die Bank 0,3 Prozent Währungssicherungsgebühr ab. "Ein großer Vorteil ist die jederzeit transparente Gebührenstruktur", sagt Philip Knüppel, ETC-Experte der Deutschen Bank.

Allerdings kann sich die Zinsdifferenz ändern. Außerdem bleibt ein kleines Währungsrisiko: Die Deutsche Bank schließt die Sicherungsgeschäfte jeden Tag um 12 Uhr ab, danach sind Kursgewinne bis zum nächsten Tag nicht mehr vor Währungsverlusten geschützt.

Der Quanto-Ansatz behält daher seine Berechtigung, ist Jochen Fischer, Leiter Investmentstrategie im Frankfurter Derivateteam von Goldman Sachs, überzeugt: "Wer das Währungsrisiko eins zu eins absichern will, kommt um eine Quanto-Option nicht herum."

Gold-Quantozertifikate

Anbieter	ISIN	Gebühr in % p.a.*	Performance 3 Jahre in %**	Diff. Zur Gold-Performance in %-Punkten***
Deutsche Bank	DE000DBoSEX9	2	72,03	3,95
Royal Bank of Scotl.	DE000AoAB842	3,25	67,56	8,42
Commerzbank	DE000CB24589	4,03	66,55	9,43
Goldman Sachs	DE000CB24589	3,5	64,5	11,48
Société Générale	DE000SG9F3Q9	2,98	62,83	13,15

) Quanto-Gebühr am 29.7.2010; **) 27.7.2007 bis 28.7.2010 (jeweils 9 Uhr); *) über drei Jahre; Quelle: Euwax, Anbieter*

Bonuszertifikate: Was ist noch drin?



Bonuszertifikate mit Obergrenze sind dank des Seitwärtstrends am Aktienmarkt bisher gut gelaufen. Bei steigenden Kursen kann der Cap aber leicht zum Spielverderber werden.

Inhaber von Bonuszertifikaten können sich über den bisherigen Jahresverlauf freuen. Der Seitwärtstrend am Aktienmarkt und die zuletzt vergleichsweise niedrige Volatilität haben dazu geführt, dass die meisten Boni ihre Stärke voll ausspielen konnten. Investoren erzielten mit vielen Bonuspapieren höhere Renditen als mit einem Investment im Basiswert selbst.

Noch besser als die klassischen Papiere entwickelten sich Bonus-Cap-Zertifikate. Bei dieser Variante ist der Gewinn von vornherein auf einen Maximalbetrag begrenzt. Die Obergrenze (Cap) sorgt für zusätzliche Renditechancen in Seitwärtsmärkten. Bei deutlich steigenden Kursen wird sie jedoch schnell zum Spielverderber.

Ein Vergleich: Die Citigroup offeriert zwei identisch ausgestaltete Bonuspapiere als Varianten mit und ohne Cap. Beide Papiere werden am 17. Juni 2011 fällig und beziehen sich auf den Euro Stoxx 50. Die Barriere beträgt jeweils 2200 Punkte, der Bonuslevel wurde bei Emission mit 3200 Zählern fixiert. Fällt der Index während der Laufzeit kein einziges Mal unter die Marke von 2200 Zählern, erhalten Anleger mindestens 32 Euro je Zertifikat. Notiert der Euro Stoxx 50 bei Fälligkeit im Juni 2011 bei mehr als 3200 Punkten, nehmen die Inhaber des Klassikers an dem Anstieg teil. Bei der Cap-Variante sind die Gewinne hingegen ab 3200 Punkten gedeckelt. Die Rückzahlung des Zertifikats beträgt hier maximal 32 Euro.

Die Einbuße, die durch die Obergrenze entsteht, wird bereits beim Kauf des Papiers vergütet. Während das Bonuspapier ohne Cap für 29,36 Euro zu haben ist, kostet die Cap-Variante nur 28,59 Euro. Das bedeutet einen Abschlag von 0,77 Euro oder fast drei Prozent. Welche Variante sich für welches Marktszenario lohnt, lässt sich einfach errechnen. Zunächst wird der Maximalgewinn der Cap-Variante ermittelt. Bei einer maximalen Rückzahlung von 32 Euro und einem Einstandskurs von 28,59 Euro sind 11,9 Prozent Ertrag möglich. Dafür müsste der Euro Stoxx 50 bei der klassischen Variante aufgrund des höheren Einstandskurses von 29,36 Euro auf mindestens 3286 Zähler steigen. Erst bei einem Anstieg über diese Marke hinaus sind Investoren mit der klassischen Variante besser bedient.

Dass der Preisabschlag, den der Emittent beim Bonus-Cap-Zertifikat gewährt, durchaus fair ist, zeigt ein Blick auf die unterschiedliche Konstruktion der Papiere. Bei der Cap-Variante verkauft der Emittent zusätzlich einen Call auf den Basiswert, dessen Basispreis der Höhe des Caps entspricht. Im Beispiel ist dies ein Call auf den Euro Stoxx 50 mit einer Basis bei 3200 Punkten und einer Laufzeit bis Juni 2011. Der Schein kostet bei der Citigroup 0,80 Euro - was in etwa dem Preisabschlag von 0,77 Euro entspricht.

Über die Frage: mit oder ohne Cap, entscheidet die Markterwartung. Anleger, die davon ausgehen, dass die Kurse weiter seitwärts laufen, einen Ausbruch nach oben aber für gut möglich halten, sollten sich für klassische Bonuszertifikate ohne Obergrenze entscheiden. Bei einem deutlichen Kursanstieg sind sie mit von der Partie. Wichtiger Unterschied zu einem Direktinvestment in den Basiswert: Inhaber von Bonuspapieren gehen bei Dividendenzahlungen leer aus. Daher sollten Anleger, die mit deutlich steigenden Kursen rechnen, immer das Direktinvestment dem Bonuspapier vorziehen.

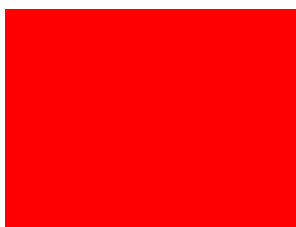
Investoren, die hingegen von einer Fortsetzung der Seitwärtsbewegung ausgehen und dabei moderate Kursrückgänge einkalkulieren, sollten auf die Bonus-Cap-Variante setzen. Dabei kann es gegebenenfalls ratsam sein, eine tiefere Barriere beim Euro Stoxx 50 zu wählen, als die im Beispiel genannten 2200 Punkte. Die DZ Bank offeriert beispielsweise ein Bonus-Cap-Zertifikat, bei dem Bonus und Cap 3200 Punkte betragen, und die Barriere bei 1950 Punkten liegt, zu einem Preis von 29,08 Euro. Die erhöhte Sicherheit - der Puffer ist immerhin 250 Punkte größer - kostet Investoren 0,49 Euro oder etwa 1,7 Prozent Performance.

MIT UND OHNE CAP: BONUSZERTIFIKATE AUF DEN EURO STOXX 50

ISIN	Barriere in Pkt.	Bonuslevel in Pkt.	Cap in Pkt.	Bonusrendite in %	Kurs in €
DE 000 CG9TXA 2	2200	3200	3200	11,93	25,59
DE 000 CG4SAG 0	2200	3200	–	8,99	29,36
DE 000 DZ0SHB 0	1950	3200	3200	10,04	29,08
DE 000 SG1LRS 2*	2400	3450	3450	22,95	28,06

* Laufzeit bis 16.12.2011, bei allen anderen Papieren bis 17.6.2011; Stand: 3.8.2010; Quelle: Onvista

Optionsscheine: DAX-Papiere billig zu haben



Langsam nähert sich die Quartalsaison ihrem Ende. Spätestens ab September blicken Börsianer wieder ausschließlich auf das konjunkturelle Umfeld. Wer mit mehr Unruhe an den Märkten rechnet, kann sich jetzt günstig mit Puts und Calls eindecken.

Eine Schwankungsbreite von 300 Punkten beim Deutschen Aktienindex in den vergangenen vier Wochen kann man getrost als gering bezeichnen. Zum Vergleich: In der gleichen Zeitspanne zwischen April und Mai ging es zwischen 6330 und 5630 Punkten deutlich heftiger zur Sache. Gemessen am VDAX-New lag die Volatilität damals bei über 40 Punkten. Mittlerweile hat sie sich in einem Bereich um 20 Zähler eingependelt.

Für Käufer von Derivaten bedeuten 20 Punkte Unterschied allerdings eine Welt. Waren im Frühjahr noch Discountzertifikate, Capped-Bonuspapiere oder Expresszertifikate im Kurs und von den Konditionen her attraktiv, sind nun anders als zum damaligen Zeitpunkt Optionsscheine vergleichsweise günstig.

So können sich Anleger mit DAX-Calls oder DAX-Puts preiswert eindecken, wenn sie in den kommenden Wochen einen Anstieg der Unruhe am Markt erwarten. Gründe hierfür wären trotz der aktuell ruhigen und leicht optimistischen Stimmung reichlich zu finden. Langsam nähert sich die Quartalsaison ihrem Ende, und spätestens ab Anfang September werden die Marktteilnehmer sich wieder ausschließlich dem konjunkturellen Umfeld widmen. Bei positiven Signalen könnte es weiter nach oben gehen, wofür sich Calls mit mittlerer und längerer Laufzeit eignen.

Geht es abwärts, greifen Anleger am besten zu einem Put mit Laufzeit bis Jahresende. Einen kleinen Vorgeschmack, wie schnell es gehen kann, gab es am vergangenen Donnerstag und Freitag. Da schoss die Volatilität binnen wenigen Stunden um 15 Prozent nach oben. Grund zur Freude für jene, die Optionsscheine im Depot hatten. Dabei kann sich eine solche Explosion der Vola jederzeit wiederholen. Bei den ausgesuchten Scheinen (siehe Tabelle) sind dann schon mal Kursgewinne bis zu 25 Prozent drin.

AUSGEWÄHLTE OPTIONSSCHEINE AUF DEN DAX				
Warrant	ISIN	Laufzeit	Basispreis in Pkt.	Kurs in €
DAX-Call	DE 000 DB6GN8 1	16.3.2011	6000	6,40
DAX-Call	DE 000 DB6GU4 1	14.9.2011	6500	5,21
DAX-Put	DE 000 BN1H86 5	17.12.2010	5500	1,12

Stand: 3.8.2010; Quelle: Börse Online

Kickbacks: Anleger erfährt Provision auch Jahre später noch



Banken müssen Kunden noch lange nach dem Verkauf eines Finanzprodukts über die vereinnahmten Provisionen aufklären. Das hat das Amtsgericht Heidelberg entschieden.

Das Gericht schließt damit eine wichtige Lücke, die viele Anleger bislang von einer Klage gegen ihre Bank abgehalten hat. Die Kreditinstitute müssen ihre Kunden über Provisionen, die sie von den Produkthanbietern erhalten, aufklären. Früher haben viele Banken nicht über diese sogenannten Kickbacks informiert - und sich damit angreifbar gemacht: Kunden, die versichern, dass sie das Investment nicht getätigt hätten, wenn sie von den verdeckten Provisionen gewusst hätten, können auf Schadensersatz pochen.

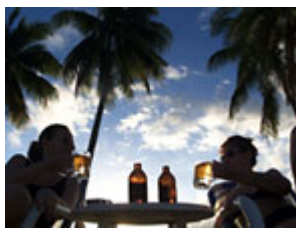
Bedingung ist aber, dass der Anleger die Zahlung von Kickbacks nachweisen kann. "Daher ist es wichtig, dass festgestellt wurde, dass eine Bank oder Sparkasse verpflichtet ist, ihrem Kunden auch nachträglich Auskunft über die erhaltenen Provisionen zu erteilen", sagt Rechtsanwalt Mathias Nittel, der das Urteil erstritten hat. Nur so sei eine Schadensersatzklage überhaupt möglich. "Meines Wissens gab es zuvor kein Urteil, das das Auskunftsrecht der Anleger bekräftigt", sagt Nittel.

Urteil noch nicht rechtskräftig

Im konkreten Fall hatte der Anleger 2005 eine größere Summe auf Anraten der genossenschaftlichen BB Bank in vier Fonds und Beteiligungsmodelle gesteckt. Im Juli 2009 forderte er seinen Berater auf, die verdeckt kassierten Provisionen zu benennen. Die BB Bank sperrte sich: Etwaige Auskunftsansprüche seien 2008 - drei Jahre nach der Zeichnung - verjährt gewesen. Dem widerspricht das Amtsgericht: Die Auskunftsrechte, die dem Anleger nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch zustünden, seien noch nicht verjährt, weil er erst 2009 durch Medienberichte von der Praxis der verdeckten Provisionen erfahren habe.

Nittel zufolge beriefen sich Banken bei ähnlichen Fällen bislang häufig auf ein Urteil des Landgerichts Stuttgart: In einem für das eigentliche Urteil nicht relevanten Nachsatz hatten die Richter einen Auskunftsanspruch verneint. "Anders als die Stuttgarter Richter hatte das Amtsgericht Heidelberg explizit zu klären, ob es einen entsprechenden Anspruch gibt oder nicht", sagt Nittel. "Anleger haben nun erstmals ein Urteil zur Hand, auf das sie sich berufen können." Noch ist das Urteil nicht rechtskräftig. Die BB Bank ließ gestern offen, ob sie Berufung einlegen wird.

Risikofreudige Investoren: Rekordsommer am Bondmarkt



Keine Spur von Sommerpause: Europas Bondmarkt boomt vor allem dank der verbesserten Stimmung an den Finanzmärkten. Im Juli nahmen europäische Unternehmen knapp 20 Milliarden Euro bei den Investoren am Kapitalmarkt auf.

Weltweit gab es sogar Emissionen von umgerechnet knapp 110 Milliarden Euro. Laut Bloomberg-Daten ging damit in der vergangenen Woche der aktivste Juli seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1999 zu Ende.

Bereits im Vorjahr hatten Investoren und Emittenten die sonst traditionelle Sommerpause weitgehend ausgelassen. Die Entwicklung in diesem Jahr aber ist umso überraschender, da es seit Jahresbeginn immer mal wieder Phasen gegeben hatte, in denen Bondplatzierungen kaum oder nur schwer möglich gewesen waren. Hintergrund waren vor allem die Sorgen um verschuldete Staaten der Euro-Zone. Besonders Unternehmen und Banken aus den betroffenen Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal saßen monatelang auf dem Trockenen.

Ende Juli hat sich aber auch hier die Lage wieder etwas entspannt - zumindest für die Finanzinstitute. So konnten in der vergangenen Woche etwa die beiden spanischen Großbanken BBVA und Santander sowie die spanische Bankinter frische Mittel von insgesamt mehr als 3 Milliarden Euro aufnehmen. Die Mittelaufnahme hat derzeit jedoch ihren Preis: Im Durchschnitt betrug die Risikoprämie bei spanischen Bankanleihen 333 Basispunkte - das sind 62 Prozent mehr als noch Anfang April, so Daten von Bloomberg.

Für Firmen aus diesen Ländern ist die Situation am Kapitalmarkt dagegen weiterhin schwierig. So gab es im Juli etwa aus Spanien oder Portugal kaum Unternehmensemissionen. Ein Näherungswert für die höheren Refinanzierungskosten sind die Preise für Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS). Diese sind für Unternehmen aus den Euro-Peripherieländern im Mittelwert immer noch um 100 Basispunkte teurer als solche für Firmen aus Kerneuropa, so Berechnungen der Kreditanalyse der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW).

Was den Gesamtmarkt betrifft, spiegelt sich die gestiegene Risikofreude der Investoren auch in den gesunkenen Aufschlägen (Spreads) auf verschiedene Arten von Anleihen wider. Laut Daten von Merrill Lynch und des Analysehauses Creditsights sanken die Risikoaufschläge (Asset-Swap-Spreads) für europäische Unternehmen bester Bonität im Monat Juli um 19 auf 140 Basispunkte. Vor einem Jahr hatte dieser Wert allerdings etwas niedriger bei 135 Basispunkten gelegen.

Sogar die Risikoprämien auf Unternehmensanleihen mit minderer Kreditwürdigkeit (Ramschbonds), die wegen ihrer hohen Verzinsung auch als High Yield eingestuft und bezeichnet werden, entspannten sich. Auf Monatsicht sanken die Spreads um 84 auf 570 Basispunkte. Auch gegenüber dem Vorjahr konnten solche Papiere profitieren: So war dieser Wert 48 Basispunkte geringer als vor einem Jahr.

Mit sinkenden Risikoaufschlägen wird es für Unternehmen tendenziell günstiger, an frisches Geld am Kapitalmarkt zu gelangen. Der durchschnittliche Spread für High-Yield-Anleihen sank im Juli gegenüber dem Vormonat um 19 Prozent. Somit ist es kaum verwunderlich, dass im Juli besonders viele Firmen der Ramschkategorie den Sprung an den Markt wagten.

Daten von Thomson Reuters zeigen einen deutlichen Anstieg bei den Neuemissionen von Ramschbonds weltweit. Allein in Europa wurden im vergangenen Monat Papiere im Umfang von rund 8 Milliarden Euro (6,4 Milliarden Dollar) neu begeben - damit ist es der emissionsträchtigeste Juli in dieser Anlageklasse seit mehr als zehn Jahren. In den USA, wo der Markt für solche Papiere traditionell ausgeprägter ist, holten sich die Firmen 20,2 Milliarden Dollar (26,3 Milliarden Euro) an frischen Mitteln.

In Deutschland gab es Anfang Juli zwei nennenswerte Platzierungen von Ramschbonds: die des Chemiekonzerns Oxea und des Pharmaunternehmens Phoenix. Die Papiere boten Investoren einen jährlichen Coupon von 9,625 Prozent bei Laufzeiten von sieben und vier Jahren.

Sollte die Entspannung an den Märkten anhalten, dann könnte es nach Einschätzung von Marktkennern bald auch wieder vereinzelt Emissionen von Firmen aus den gebeutelten Ländern der Euro-Zone geben. "Mit der nötigen Bereitschaft, einen Preisaufschlag gegenüber nordeuropäischen Vergleichsunternehmen zu zahlen, werden auch südeuropäische Unternehmen wieder in der Lage sein, Anleihen nach der Sommerpause zu begeben", sagt etwa Dominik Huhle, der für Barclays Capital für die Platzierung von Firmenanleihen zuständig ist.



Zinsüberblick: Wenig Freude für Anleger



Geben ist seliger als Nehmen. Ein Blick auf die für Privatkunden relevanten Zinsen zeigt leider ein anderes Bild. Wer anlegen will, bekommt immer weniger. Wer Geld von der Bank haben möchte, muss aber weiterhin die gleichen Zinsen zahlen.

Tagesgeld: Aktionszinsen sorgen für Lichtblicke

Eine Bank, die in Zeiten wie diesen hohe Tagesgeldzinsen bietet, macht ein Verlustgeschäft oder anders betrachtet Werbung. Das gilt etwa für GE Capital Direkt. Die Tochter des amerikanischen Elektroriesen General Electric bietet aktuell 2,25 Prozent aufs Tagesgeld. Und wenn die Bank Filialen hätte, würden täglich Schlangen vor den Schaltern stehen, denn die zinshungrige Kundschaft rennt der Direktbank aus Mainz schier die Bude ein schließlich liegt der Durchschnittszins für Tagesgeld bei mageren 1,08 Prozent.

„Nur einige Anbieter, etwa GE Capital oder Volkswagenbank direct, sorgen mit Aktionszinsen dafür, dass der Mittelwert noch keine Null vor dem Komma hat“, sagt Max Herbst dessen FMH-Finanzberatung die Durchschnittswerte Anlage und Kreditzinsen berechnet. Laut Herbst sind bei Tagesgeld und Festgeld auch noch niedrigere Durchschnittszinsen möglich. Das verwundert angesichts der Tatsache, dass der Drei-Monats-Euribor, den Banken neben dem EZB-Leitzins als Referenz für Tagesgeld nutzen, zuletzt wieder angestiegen ist.

Individuell berechnete Top-Konditionen finden Sie [hier](#).

Dispozinsen: Unverhältnismäßig hoch

Die Tagesgeldzinsen sind seit ihrem Hoch im Herbst 2008 von durchschnittlich 3,3 Prozent auf 1,08 Prozent gefallen, die Dispozinsen sind im gleichen Zeitraum nur um etwas mehr als einen Prozentpunkt gesunken. Im Schnitt 11,2 Prozent zahlt ein Bankkunde, der sein Konto im Dispo führt. Zwar kommen Kunden von Onlinebanken vergleichsweise günstig davon, hier liegt der Dispo bei rund neun Prozent. Doch Filialbanken wie etwa die Commerzbank und einige Sparkassen liegen über 11,2 Prozent. Diese hohen Zinsen waren Arno Gottschalk von der Verbraucherzentrale Bremen Grund genug eine Deckelung der Dispo- und Überziehungszinsen zu fordern. Laut Berechnungen des Verbraucherschützers läge ein fairer Dispo bei rund 5,2 Prozent – so wenig verlangt momentan keine Bank.

Baugeld: Noch immer historisch tief

Wirklich günstige Zinsen gibt es derzeit nur beim Baugeld. Ein Darlehen mit zehnjähriger Zinsbindung kostet im Durchschnitt gerade einmal 3,54 Prozent. Die Allianz bietet sogar 20-Jahresdarlehen für unter vier Prozent. Zinsexperte Herbst hat zwar einen minimalen Anstieg der Durchschnittszinsen festgestellt, bezeichnet das Gesamtniveau immer noch als historisch niedrig.

Individuell berechnete Top-Konditionen finden Sie [hier](#).

Ratenkredite: Neue Richtlinie sorgt für wenig Änderung

Bei Ratenkrediten hat sich trotz einer gesetzlichen Änderung recht wenig bewegt. Durch die Verbraucherkreditrichtlinie, dürfen Banken nur noch mit solchen Zinsen werben, die mindestens zwei Drittel ihre Kunden bekommen würden. Auch wenn ein solcher Eingriff eigentlich steigende Zinsen vermuten lässt, sind Zinsen etwa bei 36 Monatsdarlehen im Schnitt gleich geblieben.

Insgesamt bleibt das Zinsniveau für Privatkunden, die sparen oder Kredite wollen, auf niedrigem Niveau stabil, daran wird sich auch in dem kommenden Monaten wenig ändern. Sollte die Europäische Zentralbank den Leitzins von derzeit einem Prozent auf 1,25 Prozent anheben, könnte dies ein Signal sein und den Tagesgeldzinsen wieder einen kleinen Schubs nach oben geben. Ob das innerhalb der kommenden Monate der Fall sein wird, ist unklar. Bis dahin heißt es: Still ruht der See.

.....

Kundenansturm: Zehn Tage Wartezeit für Tagesgeldkonto



GE Capital, aktueller Spitzenreiter der einschlägigen Tagesgeldvergleiche, hat ein Luxusproblem: Die Kunden rennen der Bank die Bude ein und müssen bis zu zehn Tage auf ihr Konto warten. Die Bank ist in guter Gesellschaft.

2,25 Prozent auf Tagesgeld. Mit dieser Ansage ist GE Capital direkt, eine Tochter des Elektroriesen General Electric vor wenigen Wochen an den Markt gegangen. 2,25 Prozent bedeutete den Direkteinstieg in die deutschen "Zinscharts" und zwar von ganz oben. Der Haken? Zunächst sah es so aus, als gebe es gar keinen, denn neben einer millionenschweren Einlagensicherung über den Bundesverband deutscher Banken gibt es keine Mindest- und Höchstsummen. Ein attraktives Angebot, doch vielleicht ist die Offerte zu attraktiv?

Seit einigen Tagen hat die Bank Probleme, der Kundenschwemme Herr zu werden. "Wir haben unsere Kapazitäten versechsfacht", erklärt Georg Strich, bei GE Capital verantwortlich für das Einlagengeschäft. Trotzdem müssen Kunden, die ein Konto eröffnen wollen, nachdem sie ihren Eröffnungsantrag abgesendet haben, bis zu zehn Tage warten. "Das erinnert stark an die Mercedes Benz Bank", sagt Horst Biallo vom Verbraucherportal biallo.de. Februar 2009 hatten die Autobanker aus Stuttgart mit so hohen Festgeldzinsen geworben, dass ihr Call-Center wegen Überlastung zusammenbrach und das Festgeld über Wochen nicht verfügbar war. Die BMW Bank hatte ähnliche Probleme und bat Vergleichsportale, ihr Angebot aus den Übersichten zu nehmen.

Ein solches Szenario will die Bank mit Sitz in Mainz unbedingt vermeiden. Wie viele Kunden das Konto bereits eröffnen konnten und wie viele in der Warteschleife hängen, ist unklar.



Zinsticker

Die aktuellen Konditionen für Tages- und Festgeld.

Tagesgeld				
Anbieter	Kontakt	für 1.000 für 50.000		
		Euro	Euro	
GE Capital Direkt	gecapitaldirekt.de	2,25	2,25	
Bank of Scotland ²	bankofscotland.de	2,10	2,10	
comdirect bank	comdirect.de	2,10	1,00	
NIBC Direkt ²	nibcdirekt.de	2,00	2,00	
ING-DiBa ¹	(01802) 784578	1,90	1,90	
Santander Direkt Bank	(01805) 556477	1,75	1,75	
CosmosDirekt	cosmosdirekt.de	-	1,75	
Oyak Anker Bank	(01805) 692500	1,70	1,70	
Festgeld				
Anbieter	Kontakt	Anlagezeitraum		
		6 Monate	12 Monate	

Bigbank AS ²	bigbank.de	2,00	2,50
NIBC Direkt ²	nibcdirekt.de	2,00	2,40
Akbank N.V. ²	akbanknv.de	1,95	2,35
ICICI Bank UK PLC	icicibank.de	-	2,10
ISBANK	(069) 29901199	1,75	2,00
ZiraatBank	ziraatbank.de	1,75	2,00
Oyak Anker Bank	(01805) 692500	1,75	2,00
BKM Bausparkasse Mainz	(06131) 303500	1,51	1,76

in Prozent pro Jahr. Auswahl bester Anbieter: Maximal ein Angebot mit limitierter Einlagengarantie; maximal zwei nur für Neukunden. 1) Für Neukunden. 2) Einlagengarantie begrenzt. 3) Rendite.

Quelle: FMH-Finanzberatung

Stand: 05.08.2010

Aufschlag für Ratenzahlung: Versicherten winken Milliardenrückzahlungen



Die Verbraucherzentralen brandmarken die gängige Praxis der Versicherungen, für Ratenzahlungen teils kräftige Aufschläge zu verlangen. Falls dies rechtswidrig ist, kommen auf die Assekuranz Rückforderungen in Milliardenhöhe zu.

Die Verbraucherzentralen laufen Sturm gegen die Versicherungswirtschaft. Dabei geht es um die Praxis der Anbieter, Beitragszahlern zwar Ratenzahlungen zum Beispiel bei Lebensversicherungen zu erlauben - dafür aber kräftige Aufschläge zu verlangen.

In einem kürzlich ergangenen Urteil des Landgerichts Hamburg sehen die Verbraucherschützer einen wichtigen Teilsieg. Sollten die Versicherer zu viel gezahlte Beiträge erstatten müssen, droht der Branche Fachleuten zufolge eine Gesamtbelastung von mehreren Milliarden Euro.

"14 Prozent Effektivzins"

Versicherungsprämien sind jährlich im Voraus fällig. Die Gesellschaften akzeptieren zwar auch monatliche, viertel- oder halbjährliche Zahlungen, lassen sich dieses Entgegenkommen in den meisten Fällen aber teuer bezahlen. Den verlangten Preisaufschlag - de facto handelt es sich um einen Zins - weisen die Anbieter aber gar nicht oder zu niedrig aus, behaupten die Verbraucherschützer. "Da ist von drei Prozent oder fünf Prozent die Rede, der effektive Jahreszins liegt aber bei 13 Prozent oder 14 Prozent", sagte Edda Castelló von der Verbraucherzentrale Hamburg. Wäre das Verfahren transparent, so Castelló, könnten Kunden sich fragen, ob es nicht günstiger ist, einen Kredit bei einer Bank aufzunehmen, um damit die Versicherung jährlich zahlen zu können. Mit der fehlerhaften Angabe verstoßen die Versicherer ihrer Ansicht nach gegen das Verbraucherkreditgesetz und EU-Vorschriften.

Die Verbraucherzentrale Hamburg hat inzwischen 25 Versicherer abgemahnt und verlangt, dass diese die umstrittene Praxis bei Ratenzahlungszuschlägen ändern. Das Hamburger Landgericht lehnte einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Hamburg-Mannheimer zwar ab, weil es keine Eilbedürftigkeit sah. "Aber das Gericht gab zu erkennen, dass es uns in der Sache folgt", sagte Castelló. Nach ihrer Ansicht können Kunden sämtliche Zinsen, die vier Prozent übersteigen, zurückfordern. Zudem dürften sie Verträge, die nach 2002 geschlossen wurden, rückgängig machen.

Rückstellungen für 2010?

Manager aus der Versicherungswirtschaft hingegen geben sich überzeugt, dass die Gerichte letztlich ihrer Auffassung folgen werden. Die Branche hofft auf baldige Rechtssicherheit, immerhin muss sie demnächst entscheiden, ob sie Rückstellungen für 2010 bildet. "Bisher ist aber ungeklärt,

ob eine mögliche Belastung auf das Versichertenkollektiv fällt oder von den Aktionären getragen werden muss", sagte ein Insider. Dann wären die Gewinne 2010 deutlich betroffen.

"Wir haben keine Rückstellung gebildet, weil das Verbraucherkreditgesetz auf Versicherer nicht zutrifft", sagte ein Sprecher von Signal Iduna. "Wir haben keinen Grund, eine Zahl zu nennen, weil unsere Rechtsauffassung sicher ist", hieß es bei Ergo. Die Versicherer verweisen auf mehrere Rechtsgutachten, die sie in Auftrag gegeben haben.



Spezielle Tarife: Als Single günstiger versichert



Für die Versicherer sind Alleinstehende attraktive Kunden, da sie in der Regel weniger Schäden verursachen. Deshalb bieten die Gesellschaften Singles Verträge mit Rabatten an. Auch für andere kann der Vertrag ohne Partner lohnen.

Spezielle Reiseangebote für Singles, kleinere Packungsgrößen im Supermarkt - die Unternehmen buhlen um die wachsende Zahl der Alleinstehenden in Deutschland. Auch die Assekuranz ist mit von der Partie. Viele Gesellschaften bieten spezielle Tarife mit kräftigen Rabatten für Singles an, vor allem in der Rechtsschutz- und der Haftpflichtversicherung. "In diesen beiden Sparten sind die Familienangehörigen traditionell mitversichert", sagt Hajo Köster vom Bund der Versicherten (BdV). Mit Singletarifen könnten Alleinstehende hier viel Geld sparen. Die Preisersparnis bewege sich in der Regel zwischen zehn und 25 Prozent.

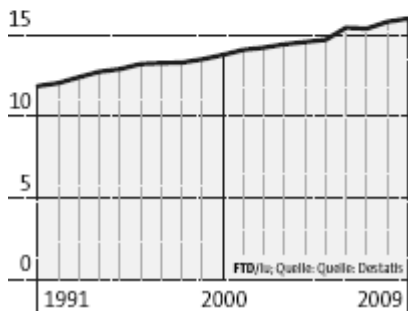
Bei der Arag erhalten Alleinstehende, die älter als 50 Jahre sind, in der Privathaftpflicht sogar 35 Prozent Rabatt. Sie sind für Versicherer eine attraktive Personengruppe, da sie in der Regel weniger Schäden verursachen. "Singles über 50 Jahre sind zwar durchaus aktiv, treiben Sport und reisen viel, haben aber eine ganz andere Risikosituation als eine vierköpfige Familie", sagt ein Sprecher. Sie seien erfahrener und abgeklärter. Jüngere Alleinstehende erhalten bei der Arag einen Preisnachlass von 25 Prozent. Soll ein Kind mitversichert werden, beträgt der Rabatt nur noch zehn Prozent. In der Rechtsschutzversicherung ist der Nachwuchs auch in den Singletarifen automatisch miteingeschlossen. Der Prämienachlass beläuft sich hier auf 15 Prozent.

Trend zum Alleinsein

Zielgruppe In fast 40 Prozent der rund 40,2 Millionen deutschen Haushalte wohnt nur noch eine Person. Die Industrie umwirbt die Singles mit speziellen Angeboten, so auch die Versicherer.

Zunehmende Einsamkeit

Einpersonenhaushalte in Deutschland in Mio.



Doch nicht jeder Versicherer bietet Preisnachlässe für Singles an. Bei der Allianz gibt es in der Rechtsschutzversicherung keine speziellen Rabatte für Alleinstehende. Junge, kinderlose Singles können sich bei dem Versicherer aber verbilligte Auslandsreiseversicherungspakete zusammenstellen. Zur Auswahl stehen Auslandsreisekranken-, Unfall-, Privathaftpflicht-, Rechtsschutz-, Gepäck- und Reiserücktrittspolice. "Durch die Fokussierung auf das Ausland ist der Bündeltarif günstiger als zum Beispiel eine normale Privathaftpflicht- oder Rechtsschutzversicherung", sagt eine Allianz-Sprecherin. Ein 28-jähriger Mann, der im Ausland ein Jahr studieren oder arbeiten will, muss für den Baustein Privathaftpflicht in dem Paket nur 82 statt 142 Euro für das Einzelprodukt zahlen.

Der vollwertige Privathaftpflichtvertrag bietet allerdings im Inland sowie in der Ferne Schutz. Er ist für Singles immerhin noch 20 Prozent günstiger als der Familientarif. Soll auch ein Kind in den Vertrag aufgenommen werden, geht aber der komplette

Preisnachlass verloren. "Wenn ein Kind oder ein Lebenspartner während der Vertragsdauer hinzukommt, sind diese bis zum Ende des laufenden Versicherungsjahrs mitversichert, danach ist die Umstellung auf eine Familienprivathaftpflicht erforderlich", so die Allianz-Sprecherin.

Auch wenn der Single kein Single mehr ist, kann es Vorteile haben, den neuen Partner nicht mit in den Vertrag aufzunehmen. Das gilt für Fälle, in denen der Versicherte den Laptop der Freundin oder des Freundes ruiniert. "Die Singleversicherung ersetzt dann den Schaden", sagt Köster vom BdV. Bei einer Police, in die der Lebenspartner miteingeschlossen ist, sei das nicht der Fall. Andererseits könne der Partner gegen einen kleinen Aufschlag mitversichert werden. Das sei günstiger als zwei separate Versicherungen, so Köster.

Wo es keine Single-Rabatte gibt

Keinen Single-Rabatt gibt es in der Regel in der Hausratversicherung. Die Prämie richtet sich hier nach dem Wert des Hausrats - unabhängig davon, wie viele Personen tatsächlich im Haushalt leben. Auch bei Unfallpolice, privaten Kranken- sowie Lebensversicherungen und Berufsunfähigkeitsverträgen werden meist keine Preisnachlässe gewährt. "Eine Begünstigung von Alleinstehenden ließe sich hier nicht begründen, da die Tarife nach biometrischen Risiken kalkuliert werden", erläutert die Allianz-Sprecherin.

Vom Abschluss einer Lebensversicherung rät Köster vom BdV ohnehin ab. "Kinderlose Singles benötigen weder eine Risikolebensversicherung noch eine kapitalbildende Lebensversicherung", sagt er. Eine Risikolebenspolice sorgt dafür, dass die Familienangehörigen abgesichert sind, falls der Versicherte stirbt. Bei der kapitalbildenden Variante liegt das Hauptaugenmerk zwar auf dem Ansparen, doch auch hier wird für den Todesfall vorgesorgt. "Die Absicherung des Sterblichkeitsrisikos verschlingt 20 bis 50 Prozent der Beiträge", sagt Köster. Singles sollten daher lieber eine staatlich geförderte Rentenpolice, etwa einen Riester-Vertrag abschließen.

Umfrage zur Finanzberatung: Jeder Dritte verzichtet auf Beratungsgespräche



Viele Deutsche scheuen eine Beratung in Finanzfragen, insbesondere wenn es um die Altersvorsorge geht. Das hat eine Studie im Auftrag mehrerer Versicherer ergeben. Die Vorsorgemuffel informieren sich aber auch nicht eigenständig.

Fast jeder dritte Bundesbürger hat in den vergangenen fünf Jahren auf eine professionelle Beratung zu Finanz- und Vorsorgefragen verzichtet. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Management- und Wirtschaftsforschung (IMWF) im Auftrag mehrerer Versicherer. Der repräsentativen Befragung zufolge gibt es große regionale Unterschiede: In Schleswig-Holstein ließen sich nicht einmal 50 Prozent beraten, in Brandenburg dagegen 86 Prozent. Auch in Sachsen-Anhalt und Sachsen liegt die Quote der Einwohner, die in den vergangenen fünf Jahren mindestens ein Beratungsgespräch geführt haben, über dem bundesweiten Schnitt.

Am seltensten suchen die Deutschen Rat in Sachen Altersvorsorge, so die Studie: Mehr als die Hälfte der Bundesbürger führte in den vergangenen Jahren kein Beratungsgespräch zu den Möglichkeiten, die Rente abzusichern. Zu Themen wie privater Haftpflicht-, Berufsunfähigkeits- oder Rechtsschutzversicherung verzichteten nur drei von zehn Bundesbürgern auf Beratung. Kritisch werten die Studienautoren, dass sich nur wenige der beratungsresistenten Bürger eigenständig informieren. So holten beispielsweise bloß etwa 30 Prozent der Beratungsmuffel selbstständig Erkundigungen zur finanziellen Vorsorge ein.

Stabile Renditen: Ausländische Investoren stehen auf Wohnimmobilien



Wohnimmobilien bleiben bei institutionellen Investoren hoch im Kurs. Allein im ersten Halbjahr 2010 wurden in Deutschland knapp 2,3 Milliarden Euro in Wohnportfolios investiert.

Das entspricht einem Plus von 35 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009 (siehe Tabelle). Das ergibt eine Analyse für das erste Halbjahr 2010 von BNP Paribas Real Estate (BNPPRE). "Auch wenn das Transaktionsvolumen noch weit von den Rekordumsätzen der Boomjahre entfernt ist, setzt sich der seit Mitte 2009 zu beobachtende positive Trend unvermindert fort", kommentiert Oliver Schötz-van der Hoff, Wohnimmobilienexperte von BNPPRE.

Vor allem ausländische Investoren drängen derzeit wieder auf den deutschen Markt. So lag ihr Anteil in den ersten sechs Monaten bei rund 50 Prozent, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2009 eine deutliche Steigerung. Vergangenes Jahr betrug ihr Anteil gerade mal 10,6 Prozent. Zudem liegt der Investitionsanteil von ausländischen Investoren in Wohninvestment 2010 damit etwas höher als bei den gewerblichen Investments. BNP Paribas führt diesen Trend vor allem auf sichere Cashflows, geringe Volatilität und stabile Renditen zurück. Das machte ein Investment in Wohnimmobilien vor dem Hintergrund der nach wie vor unsicheren Situation auf den internationalen Kapitalmärkten zunehmend attraktiv.

Erfreulich stimmt die Immobilienexperten auch die heterogene Anzahl von Anlegern. Laut der Analyse dominierten im ersten Halbjahr mit einem Anteil von rund 37 Prozent die Equity/Real Estate Funds, gefolgt von Spezialfonds (14 Prozent) und Pensionskassen (knapp 14 Prozent). Immobilienunternehmen waren im Vergleich zu 2009 mit einem Anteil von gut 15 Prozent nur noch sehr eingeschränkt aktiv. Laut BNP Paribas wurden häufig vorhandene Bestände ergänzt. Mit über 10 Prozent waren darüber hinaus Immobilien AGs am Umsatz beteiligt.

"Auch für den weiteren Jahresverlauf deutet vieles auf ein steigendes Investitionsvolumen hin", prognostiziert Schötz-van der Hoff. Hierfür sprechen nicht nur aktuell laufende Verhandlungen für mehrere Deals sowie vorliegende Gesuche, sondern auch die in vielen Umfragen erkennbare Absicht institutioneller Investoren, ihr Engagement auf Wohnimmobilien auszuweiten, so der BNPPRE-Experte.

Investitionsvolumen Wohnportfolios in Deutschland

Jahr **Volumen in Mrd. Euro**

2005 9,2

2006 4,93

2007 6,47

2008 5,56

2009 1,69

2010 2,29

2005-2010, jeweils 1. Halbjahr; Quelle: BNP Paribas

Richtig vererben (Teil VI): Haus zu verschenken



Ehegatten können große Vermögen schon zu Lebzeiten übertragen, um später eine hohe Erbschaftsteuer zu vermeiden. Das gilt für Eigenheime wie für Geldgeschenke.

Seit Januar 2009 werden Grundstücke und Häuser bei der Berechnung der Erbschaftsteuer mit ihrem tatsächlichen, jetzt meist teureren Marktwert erfasst. Nicht davon betroffen sind Ehe- und eingetragene Lebenspartner, die sich zu Lebzeiten - unabhängig vom Preis - Haus oder Wohnung steuerfrei schenken dürfen. Diese Möglichkeit kann Paaren helfen, zunächst Vermögen geschickt untereinander aufzuteilen, um es dann später Steuer schonend auf die Nachkommen zu übertragen. Auch der Transfer von Kapital ohne Zugriff des Fiskus ist auf diesem Sonderweg möglich.

Das Modell gilt für Häuser oder Eigentumswohnungen im In- und EU-Ausland, die zu eigenen Wohnzwecken genutzt werden. Dabei spielt der Wert der Immobilie keine Rolle, steuerfrei ist sowohl die Millionärsvilla in der Toskana als auch die Wohnung im Großraum Berlin.

Eigene Wohnzwecke bedeutet dabei nicht, dass sich die Ehe- oder Lebenspartner in der Immobilie zwingend aufhalten müssen. Auch Kinder, Enkel und andere Verwandte oder auch Hausgehilfen dürfen darin wohnen. Verfügt ein Haus über mehrere Wohnungen, greift der Steuervorteil, wenn etwa Ehepaar, Kinder und die Eltern jeweils darin leben. Steuerfrei sind neben Arbeitszimmer auch betriebliche Räume wie etwa die Arztpraxis im Eigenheim, wenn dadurch der Charakter des Hauses nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Zur Vergünstigung gehören auch Garagen und sonstige Nebengebäude auf dem Grundstück. Nach der Schenkung gibt es keine Haltefristen, der Neubesitzer kann das Domizil sofort verkaufen oder vermieten, ohne die Steuerfreiheit zu gefährden.

Liegt ein solches vom Fiskus privilegiertes Heim vor, kann der eine dem anderen Partner nicht nur das Allein- oder Miteigentum am Grundbesitz abgabefrei schenken. Kauft oder baut ein Gatte das Eigenheim mit seinem Geld und räumt dem Partner das Miteigentum ein, gilt auch dies als begünstigte Schenkung. Der Partner kann auch seinem Gatten Geld übergeben, damit dieser davon

ein Eigenheim baut oder kauft. Über eine solche mittelbare Grundstückszuwendung können Geldgeschenke unter Verheirateten selbst bei größeren Summen steuerfrei bleiben.

Lukrativ ist auch der schnelle Transfer des Eigenheims kurz vor dem geplanten Verkauf. Der Erlös fließt dann steuerfrei an den Partner. Wird das Geld erst später verschenkt, ist oberhalb des Freibetrags von 500.000 Euro Steuer fällig. Die Schenkung löst keine neue Spekulationsfrist aus, das Kaufdatum des Schenkers ist weiterhin maßgebend.

Sparen auf Umwegen

Die Großeltern ziehen ins Pflegeheim und wollen dem Enkel ihr Eigenheim im Wert von 550.000 Euro schenken. Das Haus gehört dem Großvater. Überträgt er zunächst eine Hälfte an seine Frau, ersparen Oma und Opa ihrem Enkel 42.000 Euro Steuern.

Hausübergabe Großvater

Wert der Immobilie	550 000 €
abz. Freibetrag	-200 000 €
steuerpflichtig	350 000 €
Steuer (15 %)	52 500 €

Hausübergabe Oma und Opa

Wert der Immobilie	275 000 €
abz. Freibetrag	-200 000 €
steuerpflichtig	75 000 €
Steuer (15 %)	5250 €
x 2 Personen	10 500 €

Quelle: eigene Berechnungen

Weitere Varianten, um die Steuerfreiheit auszunutzen

Es gibt noch weitere Varianten, um die Steuerfreiheit auszunutzen. Tilgt ein Gatte den Kredit seines Partners, der mit dem Kauf oder der Fertigstellung des Familienwohnheims aufgenommen worden ist, greift das Finanzamt hierauf genauso wenig zu wie auf die Begleichung nachträglicher Herstellungs- und Erhaltungsaufwendungen. Hat ein Gatte also noch offene Rechnungen zu begleichen, darf dies der Partner steuerfrei übernehmen. Eltern können das beispielsweise nutzen, wenn sie das Haus an die Kinder verschenken wollen. Ist das Eigenheim im Alleinbesitz eines Partners, überträgt dieser die eine Hälfte auf seinen Gatten, anschließend verschenken dann beide ihren Teil an Sohn oder Tochter. Die erste Übergabe bleibt steuerfrei, beim Besitzerwechsel an den Nachwuchs können dann zweimal 400.000 Euro Freibetrag genutzt werden.

Präsente auf Umwegen sparen auch außerhalb ehelicher Beziehungen Schenkungsteuer, weil hohe Freibeträge und eine günstigere Steuerklasse genutzt werden können. Der klassische Fall: Schenkungen an den Lebensgefährten über das gemeinsame Kind. Dabei übergibt ein Partner dem Nachwuchs Geld oder eine Immobilie, die dieser anschließend dem anderen Elternteil schenkt. Da hier verwandtschaftliche Verbindungen bestehen, lässt sich die steuerlich ungünstige direkte Übergabe an den Lebensgefährten vermeiden.

Beliebt sind auch Schenkungen an Schwiegerkinder, die über den eigenen Nachwuchs abgewickelt werden. Da bei der Übergabe an Sohn oder Tochter und von diesen anschließend an den Ehepartner hohe Freibeträge zu Buche schlagen, lassen sich auf diesem Wege je nach Höhe des Vermögens einige Tausend Euro Steuern sparen.

.....

Richtig vererben (Teil V): Bei Immobilien lohnt ein Vergleich



Für Immobilien sieht das Erbrecht drei pauschale Wertermittlungsmethoden vor. Nachkommen sollten nach Möglichkeit Preise von vergleichbaren Objekten suchen. Sonst greift das teurere Sachwertverfahren.

Seit 2009 erfasst das Finanzamt vererbte Grundstücke und Häuser mit ihrem tatsächlichen Wert. Was eigentlich selbstverständlich sein sollte, war zuvor unüblich. Bis Ende 2008 wurde das Bedarfswertverfahren angewendet, das sich an der Jahresmiete orientierte und einen Wertabschlag abhängig vom Alter des Gebäudes vorsah. Die so ermittelten Werte lagen 50 Prozent und mehr unter dem Marktpreis.

Die neuen Regeln führen insgesamt zu höheren Preisen, gewähren Erben jedoch einen gewissen Spielraum bei der Wertermittlung von Immobilien. Grundsätzlich stehen drei Verfahren zur Verfügung: die Berechnung nach dem Sachwert, dem Ertragswert und dem Vergleichswert. Besonders nachteilig ist der Sachwert, der bei Ein- und Zweifamilienhäusern angewendet wird, für die es aufgrund ihrer Ausstattung oder Größe keine Vergleichsobjekte gibt. Dabei zählen die Herstellungskosten aller vorhandenen Anlagen und der Grundstückspreis. Das Verfahren führt besonders bei noblen Eigenheimen mit üppiger Sonderausstattung zu hohen Werten. Erben sollten deshalb versuchen, Preise aus Verkäufen vergleichbarer Domizile oder - bei vermieteten Villen - die erzielbaren Renditen heranzuziehen. Beide Verfahren führen zu günstigen Ergebnissen.

Bei größeren vermieteten Objekten zählt der Gebäudeertragswert

So wie bei Eigentumswohnungen: Sie werden in der Regel nach dem Vergleichswert beurteilt. Dazu werden die Verkaufspreise ähnlicher Objekte herangezogen, was meist keine Schwierigkeiten bereitet, da diese in genügender Anzahl vorliegen. Verkauft der Nachbar seine Wohnung, wird also der erzielte Erlös pro Quadratmeter für die eigene Erbschaft angesetzt. Auch wenn ähnliche Objekte

schwer zu finden sind, lohnt die Suche: Denn sonst greift, wie bei den Einfamilienhäusern, das Sachwertverfahren.

Bei größeren vermieteten Objekten ist der Gebäudeertragswert maßgeblich. Er ergibt sich aus der Jahresmiete abzüglich der Bewirtschaftungskosten und der Bodenverzinsung. Anschließend wird ein pauschaler Abschlag von zehn Prozent vorgenommen. Das führt insgesamt zwar zu höheren Werten als noch 2008. Dafür dürfen Erben die auf dem Haus lastenden Schulden in voller Höhe abziehen, was zuvor nur mit rund der Hälfte erlaubt war. Sofern die Hypothek kaum getilgt wurde, ist das Endergebnis also kaum höher als vor der Reform. Das Ertragswertverfahren dürfen Erben auch dann anwenden, wenn sie das Haus selbst nutzen oder sofort verkaufen. Die gleichen Regeln gelten für das Geschäftsgrundstück, nur den Abschlag gibt es nicht.


Egal, nach welcher Methode der Hauswert ermittelt wird: Erben haben stets die Chance, abweichend von den pauschalen Bewertungsmethoden niedrigere Preise nachzuweisen. Der Gegenbeweis gelingt etwa durch ein Gutachten vom Sachverständigen oder dem Gutachterausschusses. Der Verkehrswert kann auch der Preis sein, der innerhalb eines Jahres vor oder nach der Erbschaft für das Haus bezahlt wurde. Der Fiskus erkennt den Preis ohne Korrekturen an, sofern das Geschäft nicht unter Verwandten abgewickelt wurde. Liegt die Erbschaft länger zurück, zählt der Verkaufspreis auch, wenn Hausausstattung und erzielbare Mieten in etwa gleich geblieben sind.



Aktuelle Konditionen: Baugeld



Die Konditionen für Baugeld mit fünf-, zehn- und 15-jähriger Bindung.

Unter  Baugeldvergleich lassen sich individuell günstige Angebote berechnen.

Baugeld		Zinsbindung: 5 Jahre	
Anbieter	Kontakt	bis 70%	bis 90%
		Finanzierung	Finanzierung
DTW-Immobilienfinanzierung ²	(0800) 1155600	2,89	3,09
Accedo ²	(0921) 5607050	2,89	3,09
Creditweb ²	(0800) 2220550	2,90	3,10
SKG Bank	(0681) 8571105	2,65	2,86
Commerzbank	(01803) 806040	2,92	3,23
Baugeld		Zinsbindung: 10 Jahre	
Anbieter	Kontakt	bis 70%	bis 90%
		Finanzierung	Finanzierung
Interhyp ²	(0800) 200151515	3,56	3,97

HypothekenDiscount ²	(0800) 6008060	3,56	3,97
DTW-Immobilienfinanzierung ²	(0800) 1155600	3,56	3,97
ING-DiBa	(01802) 229444	3,56	3,97
SKG Bank	(0681) 8571105	3,63	3,84

Baugeld Anbieter	Zinsbindung: 15 Jahre Kontakt	bis 70% Finanzierung	bis 90% Finanzierung
Interhyp ²	(0800) 200151515	3,87	4,23
Dr. Klein ²	(0800) 8833880	3,87	4,23
Creditweb ²	(0800) 2220550	3,87	4,23
ING-DiBa	(01802) 229444	3,87	4,28
SKG Bank	(0681) 8571105	3,91	4,12

Effektivzinsen in Prozent pro Jahr für 200.000 Euro Darlehen und zwei Prozent Tilgung. Bei der Auswahl der günstigsten Angebote werden maximal drei Vermittler berücksichtigt und mindestens zwei überregionale Geldgeber. 1) Finanzierung bezogen auf den Kaufpreis. 2) Kreditvermittler. 3) Kein Angebot.

Quelle: FMH-Finanzberatung

Stand: 04.08.2010

Schneeballsysteme: Der Staat verlangt auch bei Scheinrenditen Steuern



Es ist verboten, Anleger mit Gewinnen zu ködern, die nie erzielt werden. Nicht verboten ist es hingegen, dass sich auch der Fiskus bei den Geprellten bedient. "Der Staat", sagt eine Steuerfahnderin, "nimmt sich alles, was er kriegen kann."

Wie das System funktioniert, hat Bernard Madoff vorgemacht. Einst galt er als ehrenwerter Geschäftsmann, heute als größter Betrüger aller Zeiten. An der Wall Street hatte er Anleger mit hohen Renditen zu seinen Investments gelockt und über die Jahre auch immer Gewinne ausgezahlt - mit dem frischen Geld anderer Mitspieler. Als in der Finanzkrise plötzlich viele Anleger parallel ihr Geld verlangten, kollabierte das Schneeballsystem.

Madoff sitzt seither im Knast. Denn natürlich ist es verboten, Geldgeber mit Scheinrenditen zu ködern. Nicht verboten ist es hingegen, dass auch der Staat sich an den geprellten Anlegern bereichert: In Deutschland hat der Bundesfinanzhof (BFH) jüngst entschieden, dass auf die Scheinrenditen Steuern gezahlt werden müssen - auch wenn de facto niemals Geld geflossen ist (Az.: VIII R 4/07).

Ein Ehepaar aus dem Saarland hatte sich mit mehr als 100.000 Euro an einer Geldanlage beteiligt, die sich als Schneeballsystem entpuppte. In den Streitjahren 1992 bis 1997 erhielt das Ehepaar tatsächliche Zinszahlungen in Höhe von etwa 98.000 Euro. Weitere 80.000 Euro wurden lediglich gutgeschrieben und wieder neu im System angelegt.

Die tatsächlich ausgezahlten Zinsen sind nach Auffassung des BFH ohnehin als Einkünfte aus Kapitalvermögen zu versteuern. Ebenso hat er aber auch für die wieder angelegten Renditen entschieden. Die existierten zwar nur auf dem Papier. Dennoch urteilte der BFH, dass bereits die Gutschrift aus solchen Schneeballsystemen zu Einnahmen aus Kapitalvermögen führt.

Solche Einkünfte liegen demnach selbst dann vor, wenn ein Anleger aus dem Kapital anderer getäuschter Geldgeber oder gar aus seinem eigenen Anlagekapital eine "Scheinrendite" erhält. Ob die dem Anleger im steuerrechtlichen Sinne zugeflossen ist, hänge lediglich davon ab, ob der Betreiber des Systems zum Zeitpunkt der Gutschrift zur Auszahlung bereit und in der Lage gewesen sei.

Es kommt aber nicht darauf an, entschied der BFH, ob der Betreiber überhaupt Zahlungen an alle Anleger hätte leisten können. Selbst wenn hinter dem Schneeballsystem eine Briefkastenfirma steckt, muss die Gutschrift dem Fiskus gemeldet werden. Im Ergebnis verwies der BFH den Fall der geprellten Eheleute dann zwar doch zur Neuverhandlung an das Finanzgericht zurück. Das hat aber allein zum Grund, dass aufgrund des Schriftverkehrs zwischen dem Ehepaar und dem Betreiber Zweifel bestanden, dass er zur Auszahlung der Rendite in der Lage gewesen wäre.

Ähnlich hatte der BFH schon 2008 entschieden. Auch damals ging es um Steuern auf Geld, das nur auf dem Papier stand. Damals hatte sich ein Ehepaar aus Rheinland-Pfalz mit mehr als 50.000 Euro an einer Gesellschaft beteiligt, die mit Börsentermingeschäften warb und eine Erfolgsbeteiligung von 70 Prozent für die Anleger versprach. In Wahrheit betrieb die Gesellschaft ein Schneeballsystem, echte Börsengeschäfte wurden - nach einer kurzen Anfangsphase - gar nicht getätigt.

Von den Renditen in Höhe von 700.000 Euro wurden den Klägern nur 300.000 Euro ausbezahlt. Rund 400.000 Euro wurden den Klägern gutgeschrieben und als neues Anlagekapital verbucht. Der BFH aber sah die kompletten 700.000 Euro als steuerpflichtig an: Die Gesellschaft wäre in ihren Anfangsjahren theoretisch zur Auszahlung der gutgeschriebenen Renditen fähig gewesen. Unbeachtet blieb, dass das Geld tatsächlich nicht floss - und die Firma später pleiteging.

Die harte Linie des BFH kann für Anleger auch strafrechtliche Folgen haben. Sie sind verpflichtet, die Scheingewinne in ihrer Steuererklärung anzugeben - und machen sich der Steuerhinterziehung schuldig, wenn sie dem Fiskus die Buchungen verschweigen.

Dass auf reine Papierbuchungen Abgaben gezahlt werden müssen, ist im deutschen Rechtssystem keine Ausnahme. Jüngst musste eine geschiedene Ehefrau aus Aachen Steuern auf Unterhalt zahlen, den ihr Ex-Mann schon lange nicht mehr leistete. Im Jahr der Trennung hatte die Mutter von zwei Kindern eine entsprechende Anlage zur Steuererklärung unterschrieben. Die hätte sie widerrufen müssen, nachdem der Ex-Gatte seine Zahlungen eingestellt hatte. Nur: Das wusste sie nicht. "Der Fiskus reibt sich die Hände und profitiert von dem Unwissen der Bürger", sagt Steuerberater Bernd Ecker aus Hamburg.

Auch die Umstrukturierung eines Unternehmens löst immer wieder Steuerforderungen aus, obwohl kein Geld fließt, sagt Steuerberater Bernhard Fuchs von der Axer Partnerschaft Düsseldorf. Bei der Umstrukturierung müssen die stillen Reserven aufgedeckt werden, und oft würden etwa bei Immobilien statt der günstigen Buchwerte die teuren Verkehrswerte zugrunde gelegt. Gerechtfertigt? Selbst Finanzbeamte schütteln den Kopf: "Der Staat", sagt eine Fahnderin aus Hamburg, "nimmt sich, was er kriegen kann."

Anlegern auf der Spur

Direkte Ansprache Auf das Schneeballsystem, um das es im aktuellen BFH-Fall ging, sind vor allem im Saarland und in der Pfalz Anleger reingefallen. Die rheinland-pfälzischen Finanzämter schreiben diese zurzeit an. Bis Jahresende sollen alle Steuerbescheide verschickt werden. Die Finanzämter stocken in den zuständigen Abteilungen Personal auf.

.....

Richtig vererben (Teil IV): Erben haften für schwarze Konten



Wie ehrlich der Erblasser war, stellt sich erst nach dem Tod heraus. Dann fällt das Bankgeheimnis, und der Fiskus kommt möglichem Schwarzgeld auf die Spur. In dem Fall drohen erhebliche Nachzahlungen.

Spätestens mit dem Tod fällt das Bankgeheimnis. Banken, Versicherungen, Vermögensverwalter und Fondsgesellschaften melden dem Fiskus alle Depots und Konten, inklusive Nummern und Kursdaten. Damit die Erben nicht noch schnell die Konten räumen, stellen sie auf den Stand vom Vortodestag ab. Selbst, ob der Verstorbene ein Schließfach besaß, erfahren die Beamten. Nur bei der Klärung des Inhalts ist der Fiskus auf die Hilfe der Nachkommen angewiesen.

Die Finanzbeamten nutzen die Angaben zunächst, um die Erbschaftsteuer auf das Kapitalvermögen festzusetzen. Doch dabei belassen sie es nicht: In einem zweiten Schritt gelangen die Informationen sowohl an das Wohnsitzfinanzamt des Erblassers als auch der einzelnen Nachkommen. Damit beginnt der Einstieg in die Steuerakten der Vergangenheit beim Verstorbenen. Anhand des gemeldeten Kapitalvermögens wird überprüft, ob es wirklich aus dem früher offiziell angegeben Einkommen gebildet werden konnte und ob Spekulationsgewinne auch stets versteuert wurden.

Nachkommen müssen geradestehen

Kommen bei der Überprüfung bislang unversteuerte Kapitaleinnahmen ans Licht, müssen die Nachkommen in voller Höhe für die Sünden des Verstorbenen geradestehen. Sie machen sich zwar selbst nicht der Steuerhinterziehung strafbar, müssen aber aufgrund der verlängerten Verjährungsfrist von zehn Jahren erhebliche Steuern plus Hinterziehungszinsen von sechs Prozent pro Jahr nachzahlen. Im Extremfall reicht das verschwiegene Schwarzgeld kaum aus, um die Forderungen des Finanzamts zu begleichen. Denn die Erbschaftsteuer auf das unversteuerte Vermögen kommt noch obendrauf.

Etwas anders ist die Situation bei verborgenen Konten im Ausland. Die Banken dort unterliegen nämlich nicht der Mitteilungspflicht. Sichten die Erben Konto- und Vertragsunterlagen und stellen fest, dass sich im Nachlass unversteuertes Vermögen im Ausland befindet, geraten viele in einen Zwiespalt. Einerseits ist die Versuchung groß, die Guthaben zu verschweigen und das Vermögen brutto zu kassieren. Doch der Schritt führt zur eigenen Steuerhinterziehung. Kommt der Fiskus bei seiner Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Todesfall oder später den Konten auf die Spur, ermittelt er anschließend zweigleisig.

Dann geht es einmal um die noch nicht verjährten Steuern des Erblassers und um die verschwiegenen Abgaben der Nachkommen. In beiden Fällen werden Hinterziehungszinsen erhoben. Zwar können Erben nicht wegen der Sünden des Toten strafrechtlich belangt werden, wohl aber wegen eigener Vergehen.

.....

Urteil zu geschlossenen Fonds: BGH verschärft die Beraterhaftung



Der Bundesgerichtshof verschärft die Haftung von Finanzberatern, die geschlossene Fonds verkaufen. Sie können sich nicht mehr darauf berufen, dass ein Anleger die Risiken einer Beteiligung kennen müsse, weil er den Verkaufsprospekt gelesen habe.

Das Urteil wurde in der vergangenen Woche bekannt, seit Montag liegt auch die Begründung der Richter vor (Az.: III ZR 249/09). Bei geschlossenen Fonds beteiligen sich Anleger als Kommanditisten an einer Gesellschaft, die eine Immobilie oder ein Schiff erwirbt. Floppt das Investment, versuchen Geschädigte gern, ihren Berater zu belangen - dort sind die Erfolgsaussichten am größten. Bislang setzten Anlegeranwälte vor allem bei verdeckten Provisionen (Kickbacks) an. Mit dem aktuellen Urteil öffnet der BGH eine neue Flanke: Entscheidend ist jetzt, was der Berater im Verkaufsgespräch gesagt hat - und nicht, was im Prospekt steht.

Die oft mehrere Hundert Seiten starken Verkaufsprospekte sind gespickt mit Fachtermini, Berechnungen und Risikohinweisen. Erfahrungsgemäß machen sich die wenigsten Anleger die Mühe, die Ausführungen tatsächlich zu lesen. Dennoch hatten einige Gerichte Investoren vorgeworfen, sie handelten durch das Ignorieren der Prospekte "grob fahrlässig". Sie ließen die für eine Klage so wichtige dreijährige Verjährungsfrist der Beraterhaftung mit der Prospektübergabe beginnen.

Diese Rechtsprechung kippte der BGH nun. Den Karlsruher Richtern reicht es, wenn Anleger sich auf die Worte ihres Beraters verlassen. "Eine grob fahrlässige Unkenntnis des Beratungsfehlers ergibt sich nicht daraus, dass es der Anleger unterlassen hat, den Emissionsprospekt durchzulesen und die Ratschläge und Auskünfte des Anlageberaters zu kontrollieren", heißt es in der Urteilsbegründung. Die Verjährungsfrist beginnt erst dann, wenn der Anleger das Risiko erkennt - auch wenn er zu diesem Zeitpunkt den Prospekt schon Jahre in seinem Schrank stehen hat.

Wertpapiergeschäfte nicht betroffen

Im konkreten Fall hatte ein Anleger gegen seinen freien Finanzberater geklagt. Der hatte dem Mann 1999 für 150.000 D-Mark Anteile an einem Immobilienfonds verkauft und die Risiken verschwiegen. 2002 geriet die Beteiligungsgesellschaft in wirtschaftliche Probleme, 2005 stellte die finanzierende Bank die Fondsimmoblie unter Zwangsverwaltung. Das Oberlandesgericht Köln sprach dem Anleger Schadensersatz zu (Az.: 24 U 154/08).

Der Beklagte Berater wollte das Kölner Urteil nicht auf sich sitzen lassen und legte es dem Bundesgerichtshof vor - allerdings ohne den erhofften Erfolg. "Wer noch mit seinem Berater prozessiert, kann diese neue Rechtsprechung in den eigenen Prozess einbringen", sagte Hahn-Rechtsanwältin Petra Brockmann. Anleger, die bereits erfolglos gegen Bank oder Berater geklagt haben, haben indes nur geringe Chancen, den Sachverhalt neu aufzurollen. Wertpapiergeschäfte wie der Kauf von Zertifikaten sind vom Urteil nicht betroffen. Hier gilt weiterhin die dreijährige Verjährungsfrist ab Kauf.

Katja Fohrer von der Münchner Kanzlei Mattil sagte, nun sei ein bei Beratern beliebtes Hintertürchen verschlossen: "Wer glaubt, durch die Übergabe von einem Stapel Papier seine Pflichten als Berater erfüllt zu haben, konterkariert seinen Berufsstand."

Eric Romba, Hauptgeschäftsführer des Verbands Geschlossene Fonds, nannte das Urteil "rechtspolitisch fragwürdig": "Die vonseiten der Politik vielfach geforderte Eigenverantwortlichkeit des Anlegers, sich mit der erworbenen Kapitalanlage im Vorfeld ausreichend auseinanderzusetzen, wird durch diese Entscheidung nicht gestützt."

.....

Mein Steuertipp: Wer vom Arbeitszimmer-Urteil profitiert



Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber erneut die Rote Karte gezeigt. In seinem jüngsten Urteil wurde die Streichung der Abzugsfähigkeit des häuslichen Arbeitszimmers für verfassungswidrig erklärt. Steuerexperte Gerhard Kröhnert über die Auswirkungen.

Nach erster Begeisterung kehrt jedoch Ernüchterung ein. Die Karlsruher Richter haben zwar das im Jahr 2007 eingeführte vollständige Abzugsverbot gekippt. Sie billigen dem Gesetzgeber aber auch ausdrücklich einen Pauschalierungsrahmen zu. Gegen das Ziel, dem Missbrauch steuerlicher Abzugsmöglichkeiten einen Riegel vorzuschieben, wendet sich die Entscheidung nicht (Urteil vom 29.07.2010, Az.: 2 BvL 13/09).

Die Bundesregierung hatte wie so häufig das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Berufsgruppen, die auf ein häusliches Arbeitszimmer angewiesen sind, wurden gleichgestellt mit anderen, die dies nicht dringend benötigen. Damit sollte eine "Subvention im Arbeitnehmerbereich" gestrichen werden. Gleiches galt bereits für die Pendlerpauschale, die nun rückwirkend wieder in Kraft gesetzt wurde. Das ist für das häusliche Arbeitszimmer nicht zu erwarten. Vielmehr wird der Bundesfinanzminister prüfen, bis zu welcher Höhe es wohl keine verfassungsrechtlichen Bedenken geben wird, die Abzugsfähigkeit insgesamt einzuschränken.

Für die Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers wird künftig eine Bescheinigung des Arbeitgebers benötigt, dass im Unternehmen kein entsprechender Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Für die Arbeitgeber könnte dies durchaus mit einem Besuch des Finanzamtes enden, ähnlich der umsatzsteuerlichen Nachschau. So werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder einmal mit erheblichem zusätzlichem bürokratischen Aufwand konfrontiert.

Doch wer profitiert von dem Urteil aus Karlsruhe? Dient das Arbeitszimmer zu mehr als 50 Prozent der beruflichen Tätigkeit, bleibt es dabei, dass die Kosten anteilig steuerlich geltend gemacht werden können. Für alle anderen gilt: Wer im Jahr 2007 das Arbeitszimmer nicht in der Steuererklärung angegeben hat und nach der Nichtanerkennung keinen Einspruch eingelegt hat, geht leer aus. In den Jahren 2008 und 2009 musste das Arbeitszimmer erklärt werden, Steuerbescheide enthielten jedoch einen Vorläufigkeitsvermerk. Das Finanzamt berichtet dies nun

automatisch. Weitere Möglichkeiten ergeben sich bei Steuerbescheiden, die gemäß § 164 AO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung stehen. Das Urteil dürfte vielen Steuerpflichtigen also rückwirkend wenig nutzen, falls sie nicht auf eine Verfassungswidrigkeit gesetzt haben.

Mein Steuertipp: Jeder, der am Arbeitsplatz kein Büro hat, sollte sich einen Nachweis des Arbeitgebers ausstellen lassen. Dies gilt nicht nur für Lehrer, sondern auch für Angestellte im Außendienst, Krankenhausärzte, EDV-Berater oder Vertriebsmitarbeiter von Banken und Versicherungen. Es muss jedoch eindeutig nachgewiesen werden, dass kein anderer Arbeitsplatz für die zu erledigenden Arbeiten zur Verfügung steht.

Gleiches gilt für Arbeitsmittel, die zur Erfüllung der beruflichen Tätigkeit benötigt werden. Sofern diese nicht durch den Arbeitgeber gestellt werden, können Sie unter Beachtung der allgemeinen steuerlichen Regeln als Werbungskosten abgezogen werden. Dazu zählen beispielsweise der Schreibtisch, Regale, Computer, Drucker und Software.

.....

Urteilsticker: Ihr gutes Recht



Informieren Sie sich über die neuesten Urteile und Verbrauchertipps. Diesmal unter anderem zum Versicherungsscheck der Stiftung Warentest, Tarifwechsel in der privaten Krankenversicherung und Mehrkosten bei schlüsselfertigen Immobilien.

Tarifwechsel. Wollen Kunden einer privaten Krankenversicherung in einen günstigeren Tarif beim gleichen Anbieter wechseln, darf dieser ihnen keine Steine in den Weg legen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden (Az. BVerwG 8 C 42.09). Die Leipziger Richter untersagten den pauschalen Risikozuschlag, den die Allianz Private Krankenversicherung von langjährigen Kunden bei einem Wechsel in einen günstigeren Tarif verlangte. Versicherte können mit einer neuen Police bis zu 200 Euro monatlich sparen, rechnen Experten vor. Allerdings sollten sie darauf achten, dass der neue Tarif nicht Leistungen ausschließt, die im alten noch enthalten waren.

Festpreis. Wer sich aus der eigenen Wohnung ausgesperrt hat und die Tür von einem Schlüsseldienst öffnen lassen will, sollte sich zunächst eingehend über die Preise erkundigen. Anderenfalls droht mit der Rechnung eine böse Überraschung, warnt die Verbraucherzentrale Sachsen. Häufig verlangten Anbieter mehr als 400 Euro. Verbraucher sollten deshalb bereits am Telefon einen Festpreis verlangen und außerdem darauf bestehen, dass der Techniker zunächst prüft, ob er das Schloss wirklich ausbauen muss. Wenn eine Tür lediglich ins Schloss gefallen ist, lasse sie sich in der Regel auch anders öffnen - was die Kosten deutlich senkt.

Beweispflicht. Wird ein Auto von einem Kanaldeckel beschädigt, muss die Kommune nur dann für den Schaden zahlen, wenn der Autofahrer ihr eine Mitschuld beweisen kann. Auf dieses Urteil des Landgerichts Coburg (Az. 14 O 822/09) weist der Deutsche Anwaltverein hin. Ein Lastwagen war über einen Kanaldeckel gefahren, der daraufhin hochgeschneit war. Eine nachfolgende

Autofahrerin konnte nicht mehr ausweichen und kollidierte mit dem Deckel. Den Schaden wollte sie von der verantwortlichen Straßenbehörde ersetzt haben. Zu Unrecht, urteilten die Richter. Die Frau hätte beweisen müssen, dass der Deckel schon zuvor beschädigt war und die Behörde ihre Kontrollpflicht verletzt habe. Doch das konnte sie nicht.

Mehrbelastung. Wer eine schlüsselfertige Immobilie kauft, sollte daran denken, dass im Pauschalpreis meist nur eine einfache Ausstattung enthalten ist - und Sonderwünsche wie hochwertige Badezimmerarmaturen oder Bodenbeläge zusätzliches Geld verschlingen. Diese Kosten sollten Immobilienkäufer rechtzeitig mit einkalkulieren und für eine ausreichende Finanzierung sorgen, rät die Direktbank ING-Diba. Die Mehrbelastung betrage oft mehrere Tausend Euro. Künftige Eigenheimbesitzer sollten sich schon in der Planungsphase darüber informieren, wie teuer Fliesen, Teppich und Badezimmersausstattung sind. Mit diesem Wissen können sie besser beurteilen, ob sie mit dem in der Baubeschreibung genannten Preislimit auskommen.

Preisersparnis. Wenn Familien zu günstigeren Versicherungen wechseln und unnötige Policen kündigen, können sie pro Jahr bis zu 900 Euro sparen. Das hat die Stiftung Warentest bei einem Versicherungs-Check mit zwei Familien herausgefunden. Versicherungskunden sollten regelmäßig prüfen, ob sich der Wechsel zu einem anderen Anbieter lohnt, weil er die gleichen Leistungen zu einer günstigeren Prämie offeriert. Außerdem brauchten Familien viele Versicherungen gar nicht. Sinnvoll seien lediglich eine Kranken-, Haftpflicht- und Risikolebensversicherung, meinen die Verbraucherschützer. Für Urlauber ist außerdem ein Auslandsreisekrankenschutz sinnvoll. Eltern sollten zudem ihr Einkommen mit einer Berufsunfähigkeitsversicherung schützen sowie eine Kinderinvaliditätsversicherung für den Nachwuchs abschließen.

Zu dumm: Warum sich inkompetente Menschen maßlos überschätzen



Der US-Forscher David Dunning befasst sich mit einem kuriosen Phänomen: Danach sind inkompetente Menschen oft zu inkompetent, um ihre Inkompetenz zu bemerken. Klingt irrsinnig, passiert aber überall. Zum Beispiel in Ihrer Firma.

Kennen Sie Menderes Bagci? Menderes Bagci ist siebenmal beim Casting zu "Deutschland sucht den Superstar" angetreten. Jedes Mal hat Bagci vor seinem Auftritt in die RTL-Kameras gestrahlt und gesagt: "Ich weiß, dass ich es schaffe, ich bin ein guter Musiker, ein echt guter Sänger." Jedes Mal hat Dieter Bohlen Bagci auf gewohnt uncharmante Art rausgeschmissen.

Bagci hat viel mit der Situation in Unternehmen gemeinsam - vielleicht, nein: wahrscheinlich laufen sogar in Ihrem eigenen Kollegenkreis ganz ähnliche Dinge ab. Das zumindest sagt ein renommierter Professor der Cornell-Universität in New York.

Ebenso wie viele Arbeitnehmer in der Wirtschaft leidet Bagci nämlich an einer Wahrnehmungsstörung. Es ist ein relativ häufiges psychologisches Phänomen, und seit elf Jahren hat es einen Namen: Dunning-Kruger-Effekt, kurz DKE. Die Theorie des DKE besagt, dass inkompetente Menschen zu inkompetent sind, um ihre eigene Inkompetenz zu erkennen - und sich deshalb selbst für kompetenter halten als andere.

DKE ist der Grund, warum "Deutschland sucht den Superstar" bald in die achte Runde geht und Bagci dann wahrscheinlich wieder am Start ist. DKE ist auch verantwortlich für zahllose Fremdschäm-Youtube-Videos, in denen ungelenke Mädchen den sterbenden Schwan tanzen: Sie alle denken, sie wären richtig, richtig gut.

Es erwischt jeden

Bevor Sie sich jetzt kompetenter fühlen als die Youtube-Stars und die unfähigen Kollegen aus dem Nachbarbüro: DKE tritt bei allen Menschen irgendwann einmal auf, bei manchen häufiger als bei anderen. Es findet auch in allen Abteilungen eines Unternehmens statt, und am schönsten, findet der Sozialpsychologe David Dunning, lässt es sich im M&A-Geschäft verdeutlichen. "CEOs und Vorstände fallen dem Effekt regelmäßig anheim, wenn es um Übernahmen anderer Firmen geht", sagt er. "Sie kaufen diese Firmen, weil sie denken, dass sie sie besser führen können als jene, die es bisher getan haben. Sie gehen davon aus, dass die Aktien unter ihrer Führung steigen." Überflüssig anzumerken, dass das allzu oft nicht der Fall ist, die CEOs mithin zu viel für die übernommene Firma bezahlt haben. "Sie sind beim Kauf optimistischer, als man es sein sollte."

David Dunning und Justin Kruger untersuchten das Phänomen 1999 in einem Versuch mit Studenten der Cornell-Universität. Die Probanden sollten ihre Fähigkeiten in Sachen Grammatik, Logik und Humor einschätzen. Wie gut sind sie im Vergleich zu anderen? Daraufhin mussten sie

Aufgaben aus diesen Bereichen lösen. In ihrer Arbeit "Unskilled and Unaware of It" hielten Dunning und Kruger fest, dass erstens sehr viele Studenten ihre Fähigkeiten falsch einschätzten. Zweitens fanden sie heraus, dass gerade die, die mit ihren tatsächlichen Leistungen im unteren Viertel landeten, besonders davon überzeugt waren, besser zu sein als die meisten.

Je weniger man also weiß, für desto schlauer hält man sich. "Unwissenheit erzeugt viel häufiger Selbstvertrauen als Wissen", stellte bereits Charles Darwin fest. Und Dunning erklärt: "Es ist schwer zu wissen, dass man keine Ahnung hat. Denn wenn man wüsste, dass man von einer Sache keine Ahnung hat, wüsste man auch, was man lernen muss, um nicht länger ahnungslos zu sein."

Triebfeder hinter dem Effekt scheint der notorische Optimismus zu sein, der dem Menschen innewohnt. "Wir erzählen uns kleine Geschichten, wie toll das laufen wird, wenn wir zum Beispiel diese Firma kaufen", sagt Dunning. "Wir vergessen allerdings, dass wir uns genau dieselben Geschichtchen schon beim letzten Mal erzählt haben." Der Mensch neigt eben dazu, seine optimistischen Fehler zu wiederholen. Klar weiß er vom letzten Projekt, das in die Binsen ging. Natürlich hat man bei der letzten Übernahme zu viel bezahlt, aber jetzt denkt man nicht daran, sondern schaut frohen Herzens nach vorn.

Im Grunde ist DKE ja auch eine gute Sache. Oder sagen wir: eine Sache, die sich gut anfühlt. Der Buchautor Stefan Fatsis beschreibt das so: "Jeder mittelmäßige Scrabble-Spieler ist ein glücklicher Mensch. Er weiß nämlich nicht, wie sehr er mit jedem Spielzug versagt und wie viele bessere Wörter es gegeben hätte." Selig sind die Ahnungslosen - aber ach, sie denken zu kurz. "Entscheidungen, die unter dem Einfluss des DKE getroffen werden, können in der Zukunft sehr unglücklich machen", warnt Dunning. Wohliger Optimismus und süßes Nichtwissen hin oder her - Selbstüberschätzung und Größenwahn sind Folgeerscheinungen des DKE und führen oft zu riskanten Fehlentscheidungen. "Es kann zum Beispiel sehr unglücklich machen, wenn man nicht weiß, dass man nicht wirklich gut darin ist, ein Flugzeug zu fliegen."

Selten tödlich, aber teuer

Im Gegensatz dazu sind die Folgen DKE-bedingter Aktionen in der Wirtschaft selten tödlich. "In der Regel kosten sie aber viel Geld", sagt Managementcoach Christopher Rauen, der sich in seinen Seminaren mit dem Phänomen DKE auseinandersetzt. "Das wiederum kann schwerwiegende Konsequenzen haben." Jobverlust, Degradierung, Insolvenz - Absturz auf Business-Ebene halt. "Ein Beispiel: Sie sitzen in einem Meeting und sagen etwas Fehlerhaftes. Im besten Fall kommt hinterher jemand zu ihnen und sagt: Dieses Statement war falsch. Wahrscheinlich aber kommt keiner." Stattdessen wird man einfach nicht zum nächsten Meeting eingeladen - was man als DKE-Opfer aber nicht als Feedback versteht, weil man nicht weiß, dass man ohne die dusslige Wortmeldung überhaupt bei einem weiteren Meeting hätte dabei sein können.

Das Zauberwort zur Bekämpfung des DKE heißt also Feedback. "Man sollte unter Umständen sogar Leute fragen, von denen man weiß, dass sie anderer Meinung sind", sagt Dunning. "Widerspruch schärft das Denkvermögen." Außerdem können Menschen sich im kommunikativen Austausch helfen, ihre Wissenslücken zu schließen. Ein bisschen inkompetent sind wir nämlich alle irgendwo, aber genau da hat ein anderer sein bisschen Kompetenz, und wir kompensieren - ganz kompetent - gemeinsam.

Es ist die Erinnerung an die größte Weisheit des Philosophen Sokrates ("Ich weiß, dass ich nichts weiß"), die vor dem DKE schützt. Und in diesem Licht muss man vielleicht auch das berühmte "known unknowns"-Zitat des ehemaligen US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld sehen. Der hatte 2002 bei einer Pressekonferenz über die Situation im Irak sinngemäß gesagt: Es gibt Dinge, von denen wir jetzt wissen, dass wir sie nicht wissen. Und es gibt Dinge, von denen wir nicht mal

wissen, dass wir sie nicht wissen. "Unknown unknowns" eben. Für dieses scheinbare Gestammel bekam Rumsfeld viel Dresche - nur von DKE-Forscher Dunning nicht. "Ich dachte damals nur: Das ist die schlaueste und bescheidenste Aussage, die ich seit Langem gehört habe."

Dass er selbst seit elf Jahren mit dem Wissen um sein unendliches Nichtwissen leben muss, nimmt Dunning gelassen. "Seit ich weiß, dass ich eine Menge nicht weiß, geht die Sonne trotzdem noch jeden Morgen auf. Nur bin ich ein wenig vorsichtiger, mir mit etwas sicher zu sein. Und ich bin nie überrascht, wenn sich herausstellt, dass ich Unrecht hatte. Dann sage ich nur: Oh, ich lag falsch. Schon wieder."



Neue Börsenweisheit: Die Ramadan-Rally



Essen ist verboten, trinken auch. Was machen Muslime eigentlich im Fastenmonat Ramadan den lieben langen Tag? Aktien kaufen.

Sind Sie dieses Jahr mit der "Sell in May"-Regel wieder so richtig gegen die Wand gefahren? Richten Sie Ihre Investments an Halloween, am Hexensabbat und am Ausgang des US-Football-Endspiels Super Bowl aus - und kommen mit Ihrem Aktiendepot dennoch nicht vom Fleck? Mit anderen Worten: Haben Sie genug von halbseidenen Börsenweisheiten? Dann ignorieren Sie doch einfach den todsicheren Tipp, den wir an dieser Stelle für Sie haben.

Er lautet: Jetzt einsteigen, und zwar in Ländern wie Malaysia, Ägypten oder Katar. Am 11. August beginnt nämlich der muslimische Fastenmonat Ramadan. Und mit ihm die Ramadan-Rally.

Die Ramadan-Rally? Ja, die gibt es, behauptet jedenfalls ein internationales Ökonomenteam aus den USA, Neuseeland und Großbritannien. In einer umfangreichen Studie haben die Finanzwissenschaftler von der University of New Hampshire die Aktienmärkte in 14 muslimisch geprägten Ländern von 1989 bis 2007 untersucht. Demnach legten die Kurse während des Ramadan - aufs Jahr hochgerechnet - um 38,09 Prozent zu. Und damit neunmal so stark wie in den übrigen Monaten des islamischen Kalenders zusammen.

Die Forscher begründen das verblüffende Ergebnis mit einer "besonderen Gefühlslage", die der traditionelle Fastenmonat bei gläubigen Muslimen hervorruft. "Der Ramadan ist ein religiöser Monat, der fast jeden Aspekt im Leben eines Muslim beeinflusst. Als fundamentale gemeinsame Erfahrung löst der Monat ein Gefühl von Solidarität unter den Muslimen aus, erhöht ihre Zufriedenheit mit dem Leben und fördert optimistische Denkweisen", sagt Ahmad Etebari, einer der Studienleiter. Die Wissenschaftler verweisen auch auf medizinische Studien, denen zufolge Gläubige durch das Fasten entspannter und mutiger werden. Der Ramadan könne darum sogar zu einem "Zustand leichter Euphorie" führen.

Dass andere Faktoren die Untersuchungsergebnisse beeinflusst haben, schließen die Forscher aus. Das Handelsvolumen etwa unterscheidet sich während des Ramadan nicht wesentlich von den Umsätzen im restlichen Jahr. Und die Volatilität, also die Schwankung der Märkte, sei sogar

niedriger. Auch saisonal bedingte Kursverläufe, wie es sie - angeblich - in der westlichen Welt gibt, hätten die Ergebnisse nicht beeinflusst, schreiben die Ökonomen. Schließlich ist das islamische Mondjahr ja kürzer als das gregorianische Sonnenjahr, der Ramadan fällt also nicht immer in die gleiche Jahreszeit.

Und was spricht gegen die Theorie der Ramadan-Rally? Aus Sicht der Forscher nichts. Und aus Sicht des Anlegers? Ist es letztlich vor allem eine Glaubensfrage. Wie immer, wenn es um die Börse geht.